

Staatsräson vs. Weltordnung: Gaza als Feuerprobe wertebasierter Außenpolitik im Globalen Süden

Jannis Julien Grimm · Marcus Schneider

Eingegangen: 28. August 2024 / Angenommen: 21. November 2024 / Online publiziert: 18. Februar 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Die unverbrüchliche Parteinahme für Israel hat die Glaubwürdigkeit Deutschlands im Globalen Süden nachhaltig beschädigt. Längst sind Gaza-Krieg und die deutsche Staatsräson dort zu Symbolen für westliche Doppelmoral avanciert. Die offensichtliche Dissonanz zwischen dem deutschen Bekenntnis zu einer wertebasierter Außenpolitik und der Unterstützung Israels trotz schwerer Kriegsverbrechen trägt zur Erosion der regelbasierten Weltordnung bei. Um diesem Trend entgegenzuwirken, bedarf die deutsche Außenpolitik einer grundlegenden Neuausrichtung auf ein prinzipielles Bekenntnis zum Völkerrecht.

Schlüsselwörter Israel · Palästina · Gaza · Staatsräson · Deutsche Außenpolitik · Völkerrecht

Eine Kurzfassung dieses Artikels erschien am 4. Juni 2024 im IPG-Journal (Schneider und Grimm 2024).

✉ Dr. Jannis Julien Grimm

Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT), Freie Universität Berlin
Altensteinstraße 48, 14195 Berlin, Deutschland
E-Mail: jannis.grimm@fu-berlin.de

Marcus Schneider

Friedrich-Ebert-Stiftung, Kompetenzzentrum Frieden & Sicherheit in der MONA-Region
Beirut, Libanon
E-Mail: marcus.schneider@fes.de

German *Staatsraison* vs World Order: Gaza as the Acid Test of Value-Based Foreign Policy in the Global South

Abstract The unwavering support for Israel has significantly damaged Germany's credibility in the Global South, where the Gaza war and Germany's *Staatsraison* have become symbols of Western double standards. The obvious dissonance between Germany's commitment to a values-based foreign policy and its support for Israel despite serious war crimes risks eroding the rules-based international order. To counteract this trend, German foreign policy requires a fundamental reorientation to a principled commitment to international law.

Keywords Israel · Palestine · Gaza · Raison d'état · German foreign policy · International law

1 Einleitung

Ein Ende des Krieges in Gaza ist derzeit nicht abzusehen. Noch weiter entfernt ist eine tragfähige politische Lösung des Konflikts. Und doch hat dieser Krieg bereits heute womöglich langfristige Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik, die eine Rückkehr zu einem Status quo ante deutscher Nahostpolitik undenkbar machen. Gaza 2023/24 ist gleichbedeutend mit einer Zäsur im Verhältnis der Bundesrepublik zum Globalen Süden. Die eindeutige außenpolitische Positionierung der deutschen Regierung an der Seite Israels, das harte innenpolitische Vorgehen von Polizeikräften gegen Demonstrationen in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung und die Diffamierung, Ausladung und Verweigerung der Einreise von Kritiker*innen der israelischen Kriegsführung in Gaza haben Deutschland weit über den Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Region) hinaus exponiert. Bilder vom Einsatz deutscher Waffen in Gaza und von der teils gewaltsamen Auflösung von Protesten in Solidarität mit Palästina und gegen die israelische Kriegsführung (Grimm 2024b; Grimm und Mauthofer 2024) gehen um die Welt und stellen das Image der Bundesrepublik als Bastion von Menschen- und Bürgerrechten und als Verteidigerin einer pluralen Gesellschaft in einer Art und Weise in Frage, die in der jüngeren Geschichte beispiellos ist. Gestützt durch fast drei Dutzend Expert*inneninterviews analysiert dieser Beitrag Grundlagen, Konsequenzen und Implikationen der deutschen außenpolitischen Positionierung im Nahostkonflikt und gegenüber internationalen Institutionen zu seiner Regulierung seit dem 7. Oktober 2023. Er unterstreicht, wie die Verflechtung zwischen dem innenpolitischen Umgang mit sozialer Mobilisierung gegen den Gaza-Krieg und mit den palästinensischen Solidaritätsbewegungen derzeit wie ein Brennglas der deutschen Außenpolitik im Globalen Süden wirkt und bereits heute drastische Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Vertreter*innen im Ausland hat.

Die Analyse stützt sich dabei auf formelle und informelle Gespräche mit Expert*innen in der außenpolitischen Community, die aufgrund der Sensibilität des Gesprächsthemas unter der Bedingung strikter Anonymität geführt wurden. Darunter befinden sich deutsche Diplomat*innen, Mitarbeiter*innen der parteinahen politi-

schen Stiftungen in der Region, Vertreter*innen von Kulturförderungseinrichtungen und Organisator*innen von akademischem Austausch, sowie Wissenschaftler*innen und Entwicklungshelfer*innen im Ausland. Von den 34 Gesprächspartner*innen waren 28 in Arbeitszusammenhängen zu Westasien und Nordafrika eingebunden, weitere sechs waren in Fokusbereichen der deutschen Internationalen Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) im Globalen Süden aktiv. Die Gesprächspartner*innen setzen sich zu jeweils einem Drittel aus Expert*innen in Leitungsfunktionen und lokalen Ortskräften zusammen; das letzte Drittel bilden Referent*innen sowie unabhängige Expert*innen, die zum Teil in die Evaluation von IEZ-Projekten involviert waren oder eng mit diesen kooperieren. Nicht zuletzt werden diese Gespräche zusätzlich unterfüttert durch zahlreiche außenpolitische Fachgespräche mit Fachpolitiker*innen, Diplomat*innen sowie Entwicklungshelfer*innen. In der Gesamtschau zeichnen diese Gespräche unmissverständlich das Bild eines tiefen Bruchs, der weit über Westasien und Nordafrika hinaus die Beziehung Deutschlands zum Globalen Süden nachhaltig prägen dürfte.

2 Ein tiefer Fall

Dieser Bruch ist auch deshalb so markant, weil der Ruf der Bundesrepublik in der MENA-Region lange Zeit vergleichsweise gut war. Dies liegt nicht nur an der Abwesenheit einer Kolonialvergangenheit, sondern auch an Ereignissen der jüngeren Geschichte. Gerhard Schröders und Guido Westerwelles Nein zu westlichen Militärinterventionen in der arabischen Welt (Behr 2008; Deutscher Bundestag 2013), ebenso wie Merkels Flüchtlingspolitik gegenüber Syrien (Zehfuss 2021), haben zur Wahrnehmung eines Landes beigetragen, das ein ehrliches Interesse an der Verteidigung von Menschenrechten und Frieden in der Region hat. Das Setzen auf außenpolitische *Soft Power*, die Arbeit der politischen Stiftungen, der Goethe-Institute sowie der deutschen Entwicklungszusammenarbeit untermauerten dieses Bild zusätzlich. Bemerkenswert ist, dass der gute Ruf Deutschlands auch durch die sehr innige Beziehung zu Israel nicht eingetrübt wurde (Spanhel 2024). Gerade zivilgesellschaftlich organisierte Akteure zeigten oftmals Verständnis dafür, dass Deutschland aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat fühlte. Es ging lange Zeit beides: gute Beziehungen zu Israel und eine hohe Reputation in der arabischen Welt.

Doch der Spagat stößt nun an seine Grenzen. Der Krieg in Gaza brachte die palästinensische Selbstbestimmung sowohl emotional wie politisch als zentrale Frage der arabischen Welt zurück auf die Agenda. Der Konflikt um Palästina war in der Vorstellungswelt der nahöstlichen Bevölkerungen nie weg – für die Palästinenser*innen blieb er ohnehin eine tägliche gelebte Erfahrung. In einer Welt, in der die Massenproteste des Arabischen Frühlings, der Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat, der Atomkonflikt mit dem Iran sowie die Normalisierungstendenzen autoritärer Regime mit dem jüdischen Staat die mediale Berichterstattung bestimmten, fanden sowohl die Hamas in Gaza (Baconi 2018) als auch der Status von Palästina kaum noch Beachtung (Al-Shakeri et al. 2023). Seit den Massakern der Hamas am 7. Oktober und der darauffolgenden israelischen Militärintervention

in Gaza überschatten die grausamen Bilder aus Gaza nun all diese Konfliktfelder – und bestimmen zunehmend auch politische Entscheidungen in der MENA-Region selbst. Die öffentliche Meinung ist dort Israel derart feindlich gesonnen, dass selbst Diktatoren, denen die Massenproteste des letzten Jahrzehnts noch in Erinnerung sind, diese zur Kenntnis nehmen müssen.

Hinzu kommt insbesondere in den direkten Nachbarstaaten Israels und Palästinas vor dem Hintergrund des Popularitätszuwachses der Hamas (Arab Center for Research und Policy Studies 2024) echte Sorge vor einem regionalen Wiederaufschwung des bewaffneten Kampfes. Palästinensische Milizen erhalten insbesondere im Libanon derzeit massiven Zulauf. Ihr Einfluss ist besonders stark in den zwölf palästinensischen Flüchtlingslagern gewachsen, die über das ganze Land verteilt sind (Foltyn und Al-Barajneh 2024). Im größten dieser Camps, Ain al-Hilweh im Süden der Großstadt Saida, konkurrierten Anhänger der Fatah und Hamas über Jahre hinweg um eine Vormachtstellung – die Hamas-Operation „Al-Aqsa Flut“ der Qassam-Brigade entschied diesen Konkurrenzkampf zugunsten der Hamas. Rote Dreiecke und Poster ihres Sprechers Abu Obaida, der in den Lagern einen nahezu mythischen Status eingenommen hat (Haddad 2024), zieren mittlerweile nahezu alle Straßen des Camps. Sie sind symptomatisch dafür, wie die Gewalt in Gaza der Hamas und ihren verbündeten Milizen wie den Fajr-Kräften der libanesischen Muslimbruderschaft zur Rekrutierung dient. Seit Oktober konnten sie hunderte neue Rekruten in ihre Reihen aufnehmen (Kortam 2024; Ghaddar und Zelin 2024). Auch der schiitischen Hisbollah erlaubte der Gaza-Krieg, trotz der herben Niederlage, ihr Image als Widerstandsbewegung aufzupolieren und ihre Beziehungen zum palästinensischen bewaffneten Widerstand zu kitten, die durch ihre Parteinahme für Assad im Syrien-Krieg stark beschädigt waren. Die Regime der Region wirkten vor diesem Hintergrund regelrecht wie Getriebene in ihren Bemühungen, nicht selbst zu Konfliktparteien zu werden und das Verhältnis zur eigenen Bevölkerung und ihre Außenbeziehungen mit Israel und dem Westen auszutarieren (Lynch 2024; Cafiero 2024).

Die einseitige Positionierung eben jenes Westens im Gaza-Krieg an der israelischen Seite macht diesen Balanceakt schwierig. Sie ist einerseits gegenüber den Bevölkerungen in der Region nicht vermittelbar. Zunehmend ist sie aber auch für arabische Eliten kaum noch einsichtig, die das verteidigungspolitische Interesse der Vereinigten Staaten und die historisch bedingte deutsche Verantwortlichkeit für die Sicherheit Israel zwar realpolitisch nachvollziehen können, gleichzeitig aber beobachten, wie die existenzielle Bedrohung des jüdischen Staates gerade durch die bewusste Eskalation eines immer brutaler werdenden Kriegs zunehmend wächst (Byman 2024).

3 Nachhaltige Konsequenzen in der MENA-Region

Die sehr deutliche Kritik, oftmals regelrechte Empörung, kommt dabei einerseits von Regierungen, die den deutschen Führungsanspruch in der internationalen Krisenprävention und -bewältigung infrage stellen. Andererseits wird die moralische und rechtliche Vorbildfunktion der Bundesrepublik im Bereich des internationalen

Völker- und Menschenrechts (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2023; Auswärtiges Amt 2024) angesichts der unverbrüchlichen deutschen Unterstützung Israels trotz schwerwiegender Vorwürfe hinterfragt. Die für diese Analyse interviewten Gesprächspartner*innen, welche im Ausland Repräsentationsfunktionen wahrnehmen, betonten einhellig, dass nahezu jedes offizielle Gespräch mit Partnern in der Region derzeit eine mühsame Einordnung der deutschen Handlungsmotive im Gaza-Krieg erfordere – eine Aufgabe, die viele angesichts ihrer eigenen Kritik an der deutschen Haltung nur widerwillig übernehmen. Selbst langjährige Gesprächspartner*innen und Funktionäre aus der Region äußerten Frustration und bisweilen auch Unglauben angesichts der immer offensichtlicher werdenden Diskrepanz, nicht nur zwischen außenpolitischer Rhetorik und Agieren, sondern auch zwischen der offiziellen deutschen Haltung und der öffentlichen deutschen Meinung (Pehlivan 2024). Die Kritik wird aber auch gesellschaftlich und medial artikuliert. Zugänge selbst zu langjährigen Partner*innen verschließen sich. Viel Vertrauen sei verloren gegangen, wird betont, insbesondere in arabischen Ländern, wo nur noch 9% der Bevölkerungen ein positives Bild von Deutschland haben, der schlechteste Wert seit Jahrzehnten (Arab Center for Research and Policy Studies 2024). Dies kontrastiert mit früheren Befragungen, als deutsche Außenpolitik überwiegend positiv gesehen wurde (Kharroub 2020).

Die Vertreter*innen deutscher Organisationen im Ausland erfahren dies sehr direkt, insbesondere in der MENA-Region. Allen voran deutsche Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Kulturinstitutionen, die in zunehmendem Maße von den Auswirkungen der Kampagne „Strike Germany“ und anderen Boykottaufrufen betroffen sind.¹ Deutsche Universitäten, die durch die Auflösung von Protesten in Solidarität mit Palästina in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerieten, werden von vielen kritischen Wissenschaftler*innen, die international in Debatten zu Westasien und Nordafrika aber auch zu gewaltförmigen Konflikten tonangebend sind, gemieden. Kunstschaffende weltweit rufen derzeit zum Boykott deutscher Veranstaltungen und Organisationen auf. Die Folgen sind sichtbar und prägen das deutsche Bild weiter, etwa wenn internationale Kunstschaffende ihre Auszeichnungen mit der Goethe-Medaille aus Protest gegen Berlins Haltung im Nahostkonflikt zurückgeben. Der ägyptische visuelle Künstler und Medaillenträger Mohamed Abla begründete diesen Schritt explizit mit der „absoluten und bedingungslosen Unterstützung“ der deutschen Regierung für diejenigen, die ethnische Säuberungen, Morde und einen Völkermord an der isolierten Zivilbevölkerung des Gazastreifens begingen (Al-Ahram 2024). Ähnlich äußerte sich die sambische Schriftstellerin Zukiswa Wanner, die Deutschland vorwarf, trotz seiner genozidalen Vergangenheit, in Gaza „zu unterstützen, was nicht unterstützt werden könne“ (Middle East Eye [@MiddleEastEye] 2024).

Diesem Trend können auch die deutschen Kultureinrichtungen in der arabischen Welt, die sich – teils verzweifelt – darum bemühen, den Faden nicht abreißen zu lassen, kaum noch etwas entgegenzusetzen. Im April 2024 musste etwa das Goethe-Institut Ägypten herbe Kritik über sich ergehen lassen, als es die Einrichtung von zehn Stipendien für geflohene palästinensische Künstler*innen in Kairo ankündig-

¹ Für weitere Informationen zu der Kampagne „Strike Germany“ siehe <https://strikegermany.org/>.

te – ein Programm, das zu anderen Zeiten als wichtiger Schritt in der Förderung palästinensischer moderner Kultur gefeiert worden wäre. Vor dem Hintergrund der in den sozialen Medien zirkulierenden Beiträge über die Ausladung palästinensischer Künstler*innen und Schriftsteller*innen durch Kultureinrichtungen in Deutschland (The Left Berlin 2023) folgte indes massive Kritik: „Liebe Palästinenser, wir tun zwar nichts gegen den Krieg, der Euch zur Flucht gezwungen hat, aber hier haben wir ein paar Stipendien für Euch. Ihr seid natürlich frei in Eurer Kunst, es sei denn sie hat was mit Israel oder Gaza zu tun“, fasste eine Interviewpartnerin den Tenor des Shitstorms treffend zusammen.

Doch auch jenseits der symbolischen und auf einer Arbeitsebene hat die deutsche Gaza-Politik Folgen. Auch wenn nur wenige dieser Konsequenzen mediale Aufmerksamkeit erfahren (vgl. Rabat 2023), berichteten nahezu alle Gesprächspartner*innen von Boykottfahrten aus Protest gegen die deutsche Gaza-Politik und der schweren Belastung oder sogar dem Ende langjähriger Kooperationen. So stellten etwa Gewerkschaften in Solidarität mit Palästina ihre Kooperation mit deutschen Stiftungen ein – allen voran der tunesische Gewerkschaftsbund Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT), einer der wichtigsten politischen Akteure im Land. Als eines der einflussreichsten gewerkschaftlichen Schwergewichte im regionalen Dachverband der arabischen Gewerkschaften Arab Trade Union Confederation (ATUC) sowie im Internationalen Gewerkschaftsbund hatte dieser Schritt Strahlkraft in den gesamten Globalen Süden hinein.

Ähnlich symbolisch ist die Distanzierung einiger der prominentesten Menschen- und Bürgerrechtsverteidiger*innen in Westasien und Nordafrika. Für viele progressive Kräfte in der Region repräsentiert die palästinensische Selbstbestimmung seit jeher einen besonderen Bezugspunkt ihres Aktivismus – auch da die Regime der Region Proteste in Solidarität mit Palästina lange Zeit als eines der wenigen Ventile für zivilgesellschaftliche Mobilisierung tolerierten. Auch für die tonangebenden Aktivist*innen des sogenannten Arabischen Frühlings bildeten die Demonstrationen gegen die Kriege im Irak sowie in Gaza 2005 und 2008–2009 den biographischen Einstieg in den Aktivismus. Viele wurden durch die Bilder westlicher Militärinterventionen und der Besatzung in Palästina in ihrem normativen Weltbild und Bewusstsein für die Notwendigkeit des Einsatzes für Freiheits- und Gleichheitsrechte geprägt. Die deutsche Haltung erfährt vor diesem Hintergrund eine sowohl politisch als auch moralisch bedingte Ablehnung. „Dieses anhaltende Blutvergießen, das wir als Menschenrechtsverteidiger und Journalisten miterleben und dokumentieren, ist ein deutlicher Ausdruck der Aushöhlung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, für deren Verteidigung Sie uns gefeiert und ausgezeichnet haben“, schrieben etwa die Preisträger des Deutsch-Französischen Preises für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in einem gemeinsamen Brief an die Botschafter Frankreichs und Deutschlands in ihren jeweiligen Ländern (Omran et al. 2023).

Gleichzeitig ist sie aber auch eine direkte Konsequenz der konkreten außenpolitischen Entscheidung, im Kontext des Gaza-Krieges die deutsche Zusammenarbeit mit einer Reihe zivilgesellschaftlicher Partner in der Region auf den Prüfstand zu stellen. So stellte die deutsche Botschaft in Kairo im November 2023 etwa ein gemeinsames Projekt gegen Menschenhandel mit der Frauenrechtsorganisation Centre for Egyptian Women’s Legal Assistance (CEWLA) ein. Deren Direktorin Azza Soliman hatte

am 24. Oktober 2023 gemeinsam mit Leiter*innen von 254 zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit einen Aufruf unterzeichnet, der ein Ende der israelischen Militäroperation im Gazastreifen forderte und sich mit der Kampagne für Boykott, Divestment und Sanktionen (BDS) solidarisierte. 2005 von palästinensischen Aktivisten ins Leben gerufen, zielt die BDS-Kampagne darauf ab, nach dem Vorbild Südafrikas durch wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott Druck auf Israel auszuüben, um so auf gewaltfreiem Wege ein Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung palästinensischer Gebiete, eine Gleichberechtigung der arabischen Bürger*innen Israels und ein Rückkehrrecht für palästinensische Geflüchtete zu erwirken (Munayyer 2016). In Deutschland ist die Bewegung indes aufgrund ihrer Fokussierung auf Israel umstritten. Kritiker*innen werfen der Kampagne vor, das Existenzrecht Israels zu delegitimieren, eine dialogische Lösung des Nahostkonflikts zu torpedieren sowie antisemitische Ressentiments zu befördern (Fishman 2012). Diese Kritik führte 2019 zur Verabschiedung einer Bundestagsresolution, die die BDS-Bewegung als antisemitisch verurteilt und empfiehlt, ihr keine öffentlichen Gelder oder Räume zur Verfügung zu stellen (Hever 2019). Zwar hat diese de jure keine rechtliche Bindung, jedoch nannte die deutsche Botschaft in Kairo die Resolution im November 2023 als Grund für den Abbruch der Förderung von CEWLA (Mamdouh 2023).

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellte unmittelbar nach dem Terrorangriff der Hamas die Zusammenarbeit mit Organisationen, die Sympathien zur BDS-Bewegung zeigten oder sich im Zuge des Gaza-Kriegs kritisch gegenüber der israelischen Kriegsführung geäußert hatten, auf den Prüfstand, ebenso wie die Entwicklungskooperation mit den Palästinensischen Gebieten insgesamt (BMZ 2023). Die über das Ministerium finanzierten politischen Stiftungen erhielten in diesem Zuge wiederholt Listen hunderter Nichtregierungsorganisationen, die Aufrufe mitgezeichnet hatten, in denen die Begriffe „Genozid“ oder „Apartheid“ vorkamen, verbunden mit der Aufforderung, etwaige bestehende Kooperationen mit diesen Organisationen einzustellen.²

Infolgedessen solidarisierten sich renommierte Menschenrechtler*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen mit den Betroffenen und wandten sich von Deutschland ab – prominentestes Beispiel bleibt bis heute sicher der ägyptische Starjournalist, Menschenrechtler und Leiter der renommierten Menschenrechtsorganisation Egyptian Initiative for Personal Rights (EIPR) Hossam Bahgat, den auch die meisten Interviewpartner*innen als Musterbeispiel anführen und welcher der deutschen Bundesregierung in einem *Süddeutsche Zeitung*-Interview eine „direkte Mittäterschaft“ an der Zerstörung und den zivilen Opfern in Gaza vorwarf (Dörries 2023).

Die Frustration über die Haltung Berlins macht indes auch nicht vor den Toren deutscher Organisationen selbst halt. Sogar lokale Mitarbeitende wenden sich mittlerweile ab oder überdenken ihre Rolle innerhalb deutscher Organisationen. Un-

² Omer Bartov, der im Herbst 2023 noch den Genozidvorwurf gegen Israel zurückwies (Bartov 2023), hat sich in einem Essay kritisch mit der Verschiebung von dessen Bewertungsgrundlage auseinandergesetzt (Bartov 2024). Mittlerweile sieht Bartov in Gaza einen Völkermord. Für eine kritische Diskussion des Apartheidvorwurfs siehe dagegen Asseburg (2022) und Ambos (2024a).

ter den interviewten Mitarbeitenden deutscher Stiftungen und Organisationen für Kultur- und Wissenschaftsaustausch in Westasien und Nordafrika äußerte rund ein Drittel den Gedanken, ihr Arbeitsverhältnis aus Gewissensgründen zu kündigen – darunter auch Verantwortungstragende im In- und Ausland. Leiter*innen von Auslandsbüros deutscher Stiftungen berichteten überdies von Kündigungen in ihren lokalen Teams, welche formell zwar mit einem privaten Wunsch nach Weiterentwicklung begründet wurden, tatsächlich aber oft als bewusste Dissoziation von deutschen Institutionen und Geldgebern zu verstehen seien. Drei Ortskräfte deutscher Organisationen in Jordanien, Libanon und Ägypten nannten in diesem Zusammenhang auch den Fall der Palästinenserin Baraa Awad Ahmed Odeh, die seit zehn Jahren als Lokalkraft für die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Westjordanland gearbeitet hatte und die auf Basis unspezifischer und unbelegter Vorwürfe wochenlang unter unwürdigen Zuständen in israelischer Administrativhaft gehalten wurde. Während der Fall in Deutschland wenig mediales Aufsehen erzeugte (Hagmann 2024), entwickelte er unter den lokalen Mitarbeitenden deutscher Organisationen im Ausland eine hohe Symbolwirkung, auch da das BMZ zumindest öffentlich nicht auf eine Freilassung drängte (Casey 2024b; MENA Rights Group 2024). Die Frage, die sich für viele stellte, ist folgende: Wenn unsere eigenen Dienstherrn uns nicht vor willkürlicher Repression schützen, warum sollten wir dann zu ihnen stehen?

4 Gaza als Projektionsfläche des Globalen Südens

Die Palästinasolidarität ist längst keine rein arabisch-nationale Angelegenheit mehr, sondern zur Projektionsfläche für Menschen in großen Teilen des Globalen Südens geworden. Die Abstimmungen in den Vereinten Nationen sprechen hierzu eine sehr eindeutige Sprache. Deutschland selbst ist dabei in den letzten Monaten mit so unterschiedlichen Staaten wie Südafrika, Namibia, Nicaragua, der Türkei oder Malaysia – jüngst sogar mit europäischen Nachbarn (Liel 2024) – in einen direkten Bewertungskonflikt darüber geraten, was in Gaza geschieht. Koloniale Lesarten des israelisch-palästinensischen Konflikts mögen hierzulande medial zumeist verächtlich als kulturkämpferische Grenzziehungen und Zeichen eines akademischen *wokeism* behandelt werden (Conrad 2024; Purtschert et al. 2024). Große Teile des Globalen Südens betrachten das Geschehen in Gaza aber de facto durch die postkoloniale Linse (Khalidi 2020; Agha et al. 2024; Yiftachel 2024; Lederman 2024).³

Weit über die arabische Welt hinaus bietet die Besatzungserfahrung der palästinensischen Bevölkerung Anknüpfungspunkte an eigene historische Erfahrungen. Die israelische Kriegsführung in Gaza, welche verheerende zivile Opfer fordert, weckt zudem Erinnerungen an eigene Erfahrungen kolonialer Unterdrückung und blutiger Befreiungskriege. Die dehumanisierende oder hyperbolische Rhetorik (Khan und Tinua 2024; Fassin 2024; Haslam et al. 2007), welche die israelische Operation „Eisernes Schwert“ begleitet, bestärkt in diesem Kontext den Eindruck des Kriegs

³ Für eine kritische produktive Auseinandersetzung mit dem Kolonialismuskritik und den analytischen Grenzen einer kolonialen Lesart von Zionismus siehe Vogt (2016, 2022).

in Gaza als einer Art moderner kolonialer Strafexpedition (Hage 2023). Mit seinem Mythos vom Kampf der „Kinder des Lichts gegen die Kinder der Dunkelheit“ lancierte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gleich zu Beginn der Kampagne eine Zivilisation-gegen-Barbarei-Erzählung, die narrative Parallelen zur kolonialen *mission civilisatrice* aufweist. Darstellungen des Krieges als Kampf gegen „menschliche Tiere“ und „Monster“ (Law for Palestine 2024) legen ähnliche historische Analogien nahe. Selbst nüchternere Narrative, die vor allem den deutschen politischen Diskurs prägen, wonach Israel unter überwiegender Einhaltung des Völkerrechts einen gerechten Selbstverteidigungskrieg führe, verblassen vor diesem Hintergrund und angesichts des unfassbaren Leids aus Gaza zusehends.

Vor allem der Vorwurf der Doppelmoral bezüglich dieses menschlichen Leids macht Deutschland dabei zu schaffen. Bereits vor dem 7. Oktober gab es im Globalen Süden einen weit verbreiteten Diskurs, der nicht primär die Umsetzung der Menschenrechte, sondern den Wert des Menschen- und Völkerrechts angesichts seiner selektiven Anwendung und Sanktionierung als globalen Ordnungsmechanismus an sich in Frage stellte. Innerhalb dieses Diskurses wurden die Menschenrechte oft als ein ausländisches, de facto westliches Importprodukt dargestellt, ein moralischer Mechanismus zur Abwertung, der die materielle Kolonialisierung des Globalen Südens der Vergangenheit auf einer ideellen Ebene in der Gegenwart fortschreibt (Grimm und Roll 2023).

Dieser Diskurs wurde über die letzten Jahre vor allem von Pariaregimen oder nationalistischen Populist*innen propagiert, um ihre eigenen autoritären Praktiken und die Diskriminierung ethnischer, sexueller oder religiöser Gruppen zu rechtfertigen. Zivilgesellschaftliche Akteure hielten dem indes oft entgegen, dass das internationale Recht und seine Institutionen zwar nicht ideal ausgestaltet sind, dass aber diese Normen zumindest eine „*least worst option*“ gegenüber der Alternative darstellten: dem Recht des Stärkeren. Viele kritische Zivilgesellschaften waren also im Kern mit deutschen Außenpolitiker*innen im selben Boot, wenn es um Menschenrechte ging, sowie hinsichtlich der Hoffnung, über Menschenrechtsdialog Druck auf autokratische Strukturen aufzubauen und zu mehr Rechenschaft in der Region beizutragen.

Das ist heute anders: Gerade unter denen, die federführend an der Mobilisierung von Antiregime-Protesten in der Region seit 2011 beteiligt waren, besteht massive Kritik an der im Lichte von Gaza als hochgradig selektiv empfundenen westlichen Wertepolitik. Der Doppelmoralvorwurf hat dabei nicht nur Deutschlands Image, sondern noch gewichtiger das des Völkerrechts insgesamt als Orientierungsrahmen beschädigt, wie Gespräche mit dem lokalen Programmmanagement und den Assistenzen deutscher Organisationen belegten. Vielerorts herrscht hier Fassungslosigkeit über die deutsche Kurzsichtigkeit und regelrechter Unglaube darüber, dass „die Deutschen nicht sehen, was sie sich und anderen kaputt machen.“⁴

⁴ Interview mit Programmmanager*innen einer deutschen Stiftung in Westasien.

5 Die Inkonsistenz deutscher Außenpolitik

Der Vorwurf, Deutschland beschädige nicht nur sein Image, sondern auch die regelbasierte Ordnung, leuchtet indes umso greller vor dem Hintergrund der deutschen Haltung im Ukraine-Krieg, welche im Kontext des Gaza-Krieges von lokalen Partnerorganisationen der deutschen Außenpolitik immer wieder als Beleg für westliche Doppelmoral angeführt wird. So hat die entschlossene Reaktion des Westens auf die russische Aggression gegen die Ukraine in der Perception der Menschen in der Region krasse Unterschiede aufgezeigt, wie man in Europa mit Rechteverletzungen umgeht: bei der Aufnahme von Kriegsflüchtenden, bei der rechtlichen Verfolgung von Straftäter*innen, bei der Sanktionierung von Verbrechen und bei der Benennung von rechtswidriger Besatzungspolitik. Recht schnell hatten gerade deutsche Politiker*innen Putins Angriffskrieg überdies mit Begriffen wie Vernichtungskrieg und Völkermord beschrieben. Allein die Diskussion, ob ähnliche Vorwürfe sich auch für das israelische Vorgehen in Gaza erhärten lassen, setzt Kommentator*innen im Falle Palästinas hingegen dem Vorwurf aus, antisemitisch zu handeln, Israel zu dämonisieren und einen palästinensischen Opfermythos zu reproduzieren (Klein o.J 2024, 2024; Kahane 2024; Kaube 2024; Lobo 2024).

Hieran haben auch die Annahme einer grundlegenden Plausibilität solcher Vorwürfe durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) (Keitner 2024) sowie weit geteilte Besorgnis renommierter Genozid- und Holocaust-Forscher*innen (Segal und Daniele 2024; Segal 2023; Shaw 2024; Goldman 2024; Lemkin 2024; Semerdjian 2024) nichts geändert. Ob dieser Genozidvorwurf zutrifft oder nicht, Fakt ist, dass die deutsche Nahostpolitik und der laxer Umgang mit der israelischen Besatzung und israelischen Kriegsverbrechen in Gaza in weiten Teilen des Globalen Südens als Gegenbild zur deutschen Sanktionierung der Besetzung der Krim und der östlichen Ukraine gesehen werden.

Dieser Vergleichsrahmen mag hinsichtlich der unterschiedlichen völkerrechtlichen Bewertungen der grundsätzlichen Berechtigung Russlands und Israels zur Kriegsführung, des *ius ad bellum*, abwegig erscheinen – so handelt es sich bei der russischen Invasion in der Ukraine um einen eindeutig völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der sich mitnichten als legitime Selbstverteidigung rechtfertigen lässt. Die israelische Militäroperation Eisernes Schwert wird dagegen als Akt der Selbstverteidigung gegen einen terroristischen Angriff im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der Kriegsführung überwiegend als legitim erachtet (Dill 2024) – auch wenn das Gutachten des IGH zur Rechtswidrigkeit der israelischen Besatzung im gesamten palästinensischen Gebiet (Goldmann 2024; Funk und Bustami 2024) diese Legitimationsgrundlage zumindest verkompliziert hat (Kreß 2024).⁵ Viel zentraler für die Vergleiche zwischen dem Krieg in Gaza und der Ukraine ist allerdings das Vorgehen der israelischen Armee bei der Ausübung ihres Selbstverteidigungsrechts und die Verletzungen des *ius in bello* durch die israelischen Streitkräfte (IDF), also des humanitären Völkerrechts. So deutet die Realität des Gaza-Krieges, die von Massenvertreibung und Hungersnöten, von Angriffen auf Krankenhäuser und Schulen, der

⁵ Rein rechtlich besteht kein Selbstverteidigungsrecht einer Besatzungsmacht gegen Milizen der besetzten Bevölkerung.

Sprengung von Moscheen und Universitäten, der Zerstörung ziviler und medizinischer Infrastruktur und von horrenden Opferzahlen geprägt ist, darauf hin, dass das Völkerrecht auf Selbstverteidigung die Verletzung des Kriegsrechts in Gaza derzeit eher legitimiert als begrenzt, wie Janina Dill (2024) betont.

Vor diesem Hintergrund steht auch die demonstrative deutsche Unterstützung für die Ermittlungen internationaler Strafverfolgungsbehörden gegen Russland im Kontrast zur deutschen Haltung im Nahostkonflikt. Dort springt Deutschland Israel außenpolitisch nicht nur auf diskursiver Ebene bei, sondern wirft auch in der juristischen Debatte um mutmaßliche Kriegsverbrechen in Gaza sein Gewicht in die Waagschale. Am 12. Januar 2024 kündigte die deutsche Regierung an, im Genozidverfahren gegen Israel vor dem IGH als dritte Partei gemäß Artikel 63 des IGH-Statuts auf Seiten Israels zu intervenieren – als bislang einziger Staat weltweit.⁶ Auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) unterstützte Deutschland Israel durch eine *amicus curiae* Stellungnahme unter Verweise auf das Komplementaritätsprinzip, demzufolge der IStGH zuerst Ermittlungen der israelischen Rechtsbehörden abwarten müsse (Ambos 2024c). Mehrfach enthielt sich die Bundesregierung zudem in der UN-Generalversammlung bei der Abstimmung über einen Waffenstillstand im Nahen Osten. Und auch im UN-Menschenrechtsrat stellte sich Deutschland zuletzt gegen den Stopp aller Waffenverkäufe an Israel. Am 5. April nahm der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) fünf Resolutionen an, in denen unter anderem ein sofortiger Waffenstillstand im Gazastreifen und ein Stopp der Rüstungsexporte nach Israel gefordert wurden. Deutschland stimmte mit Verweis auf Israels Recht auf Selbstverteidigung sowie die fehlende Erwähnung der Hamas im Resolutionstext neben Bulgarien als einziges europäisches Land dagegen (UN 2024a, b). Grundsätzlich sprach sich die Bundesregierung aber auch gegen einen pauschalen Stopp von Waffenlieferungen nach Israel aus und verwies auf die Einzelfallprüfung eigener Rüstungsexporte.⁷

Zahlreiche Aufnahmen vom Einsatz deutscher Rüstungsgüter gegen zivile Ziele in Gaza (Buchen 2024) stellen jedoch die Bekräftigungen der Bundesregierung in Frage, dass keine Informationen über den Einsatz deutscher Waffen in Gaza vorlägen (Engelcke und Pfeifer 2024).⁸ Im Oktober 2023 beschossen beispielsweise israelische Sa'ar-6-Korvetten aus deutscher Produktion Wohngebiete in der Stadt Chan Yunis mit schwerer Artilleriemunition (Thomas 2023). Im Februar teilten israelische Soldaten selbst eine Reihe von Videos in den sozialen Medien, die sie beim Einsatz deutscher Panzerabwehrraketen des Typs RGW 90 „Matador“ gegen Wohngebäude zeigten (MEMO 2024). Dass deutsche Rüstungsgüter – von Zündern und Treibladungen für die Artilleriegranaten über Panzermotoren bis hin zu Ziel-

⁶ Die Tatsache, dass Deutschland seine Intervention am Jahrestag des Beginns des deutschen Völkermordes an den Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika bekanntgab, verlieh der Erklärung eine besondere Symbolik.

⁷ Die Genehmigungsquote von 99,75% für Waffenexporte nach Israel (davon etwa die Hälfte Kriegswaffen) innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte, in denen Rechtsbrüche in palästinensischen Gebieten vielfach dokumentiert sind, ziehen die Effektivität dieses Prüfmechanismus zumindest in Zweifel (Bax 2024).

⁸ Das geht z. B. aus der Antwort (20/11838) der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage (20/11464) der Gruppe Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) hervor (Deutscher Bundestag 2024).

suchtechnik – in Gaza eingesetzt werden, ist nicht zuletzt auch durch die Recherchen von Forensic Architecture gut belegt (Hever 2024; Forensis 2024).

Viele lasen die deutsche Ablehnung der UNHRC-Resolution vor diesem Hintergrund im Kontext von Deutschlands signifikanter Rüstungskoope­ration mit Israel: Am 26. März 2024 veröffentlichte das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut seine jährliche Studie, wonach Berlin nach den USA innerhalb des letzten Jahrzehnts Israels mit Abstand wichtigster Waffenlieferant ist (Wezeman et al. 2024). Demnach stammen 30 % der Waffenimporte von deutschen Herstellern. Ein Großteil wurde nach dem 7. Oktober im Eilverfahren zugesagt, auch als schon der Vorwurf von Kriegsverbrechen im Raum stand (Dill 2023). Dabei müsste die Bundesregierung gemäß des Arms Trade Treaty, der EU-Exportrichtlinien, des Lieferkettengesetzes, aber auch des deutschen Kriegswaffenkontrollgesetzes (Rhades 2024; ECCHR 2023) davon absehen, Waffen und Munition zu liefern, könnten diese möglicherweise für Verstöße gegen das Völkerrecht verwendet (OHCHR 2024) werden.

Die intensive Rüstungskoope­ration mit Israel prägt das deutsche Bild im Gaza-Krieg deutlich stärker als Hilfslieferungen an die palästinensische Zivilbevölkerung. Schlimmer noch: Die mediale Inszenierung des Abwurfs von Essensrationen aus deutschen Militärflugzeugen (German Foreign Office [@Germany Diplo] 2024; Team 2024) mutet für viele Beobachter*innen fast zynisch an. Schließlich wurden seit Oktober ein Vielfaches an Bomben aus westlicher Produktion über Gaza abgeworfen und nur wenige Anstrengungen westlicher Regierungen unternommen, eine Aufhebung der Landblockade des Gazastreifens zu erzwingen.⁹ Auch das in diesem Kontext immer wieder vorgebrachte Argument der Bundesregierung, Deutschland leiste als größter bilateraler Geber für die Palästinenser*innen einen substanziellen Beitrag zur Abfederung des Leids der palästinensischen Zivilbevölkerung (Auswärtiges Amt 2024) vermag kaum zu verfangen. Denn das Missverhältnis zwischen zivilen und militärischen Hilfen bleibt kaum verborgen. Den insgesamt 289 Mio. € an Gesamthilfen für die Palästinensischen Gebiete im Jahr 2023, davon ca. 214 Mio. € neu bewilligte Mittel seit dem 7. Oktober stehen Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter in Höhe von mehr als 300 Mio. € an Israel gegenüber. Nur ein Teil der zivilen Mittel, von denen auch die Arbeit humanitärer Organisationen in der Westbank sowie die Strukturen der Palästinensischen Autonomiebehörde mitfinanziert werden, die in Gaza kaum operativ präsent ist, kam im letzten Jahr zudem den derzeit von Krieg betroffenen Menschen in Gaza zugute.

Auch jenseits der existenziellen Bedrohung der Bevölkerung des Gazastreifens durch Militäroperationen, Lebensmittelknappheit und Krankheit wird die unterschiedliche Gewichtung zivilen Leids im Nahen Osten durch deutsche Außenpolitik mit Befremden wahrgenommen. Hierzu zählen etwa die vielen Formen von struktureller Entrechtung abseits unmittelbarer Kampfhandlungen, die offen sichtbar und klar illegal sind, die aber dennoch kaum benannt werden. Hier geht es einmal um

⁹ Im Gegenteil unterstreicht der Augustbericht des Generalinspektors der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (USAID) das Konterkarieren von Bemühungen zur Öffnung von weiteren Grenzübergängen nach Gaza für Hilfslieferungen durch die Biden-Administration (Office of Inspector General 2024).

die systematische Zerstörung von Wohnvierteln und agrarischen Anbauflächen im Südlibanon und im Norden des Gazastreifens (Nour et al. 2024),¹⁰ die kaum militärstrategisch zu rechtfertigen sind, aber den geflohenen Bevölkerungen effektiv die Lebensgrundlage entziehen und eine Rückkehr nahezu unmöglich machen.

Doch auch die strukturelle und physische Gewalt in der Westbank erhält international weitaus mehr Aufmerksamkeit als in Deutschland. Für die Palästinenser im besetzten Westjordanland waren 2022 und 2023 die tödlichsten Jahre, seit die UN 2006 mit der systematischen Erfassung von Todesopfern begannen (OCHA 2023), geprägt von Vertreibung und dem Ausbau illegaler Siedlungen. Die Namen von Städten wie Huwara oder Duma, die in den letzten Monaten von Pogromen militanter Siedlergruppen erschüttert wurden (Ziv 2024b), sind mittlerweile auch jenseits der Grenzen der palästinensischen Gebiete vielen ein Begriff. Doch anstatt durch handfeste Schritte auf ein Ende dieser Situation hinzuarbeiten, die in der Region, aber auch von Fachexpert*innen (Telhami et al. 2023; Barnett et al. 2023) vom IGH (ICJ 2024a) sowie von den prominentesten israelischen, palästinensischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International 2022; HRW 2021; The Platform 2023; B'Tselem 2021; Al-Haq et al. 2022) als eine Ein-Staaten-Realität vergleichbar mit einem Apartheidsystem wahrgenommen wird, fällt Deutschland mit Entscheidungen auf, die im Kontrast zu der vom Auswärtigen Amt regelmäßig vorgetragenen Kritik am illegalen Bau von Siedlungen in der Westbank stehen.

6 Staatsräson versus Völkerrecht?

Die Debatte um Deutschlands Beziehung zu Israel ist vor diesem Hintergrund längst keine rein deutsche mehr. Im Gegenteil, der Begriff der deutschen „Staatsräson“ – geprägt von Bundeskanzlerin Angela Merkel im März 2008 in einer Rede vor der Knesset anlässlich des 60. Jahrestages der israelischen Staatsgründung – ist längst in das Vokabular des Globalen Südens eingezogen (Saleh 2024). Denn das deutsche Narrativ einer wertegeleiteten und feministischen Außenpolitik kollidiert offensichtlich mit dem Dogma einer uneingeschränkten Israelsolidarität – als stünde die deutsche Staatsräson und die damit verbundene deutsche Selbstverpflichtung, aufgrund seiner besonderen historischen Verantwortung für die Sicherheit Israels einzustehen, gegen die regelbasierte Weltordnung (ElBaradei 2024). Unabhängig davon, wie berechtigt diese Gegenüberstellung ist und ob sie dem tatsächlichen Engagement deutscher Entscheidungsträger*innen für eine Lösung des Nahostkonflikts gerecht wird: Wenn dieser Eindruck nicht nur unter der stetig wachsenden Antikriegsbewegung hierzulande, sondern auch in weiten Teilen des Globalen Südens geteilt wird, darf dies die deutsche Außenpolitik nicht kalt lassen. Geht es doch hier um eine Wertekollision, die an das Wesen des deutschen Selbstverständnisses rührt. Es ist gerade diese Bundesregierung, die sich explizit zu einer wertorientierten und feministischen Außenpolitik bekannte. Ein Anspruch, an dem sie sich nun messen lassen muss. Die Leitlinien feministischer Außenpolitik besagen, dass die Perspek-

¹⁰ Für einen Überblick aktueller Projekte zum Mapping der Zerstörung in Gaza siehe Scher (2024). Zur Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen siehe Reliefweb (2024a, b).

tiven von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen besonders berücksichtigt werden sollen. Wörtlich heißt es dort zu den Grundsätzen einer feministischen Außenpolitik: „Menschliche Sicherheit und der Schutz der Zivilbevölkerung, gerade der vulnerabelsten Gruppen, vor unterschiedslos wirkender Gewalt und der Schutz aller Menschen vor inhumanen Waffensystemen gehören zu ihren zentralen Anliegen“ (Auswärtiges Amt 2023).

Dieses Anliegen ist indes kaum vereinbar mit den Indikatoren menschlichen Leids im Gazastreifen, die selbst langjährige Beobachter*innen bewaffneter Konflikte fassungslos machen. Dies beginnt bei der akuten menschengemachten Nahrungsmittelknappheit, von der im November 2024 knapp 96 % der Bevölkerung betroffen sind, davon die meisten Binnenflüchtlinge, die durch die israelische Armee in immer neue „humanitäre Zonen“ verwiesen werden. Die Militärhistorikerin Melanie S. Tanielian (2024) ordnet die Hungersnot vor diesem Hintergrund nicht nur als humanitäre Krise, sondern als essenziellen Bestandteil einer fein austarierten ökonomischen Kriegsführung zur Kontrolle der Lebensgrundlagen der Bevölkerung ein. Der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe ist auch einer der zentralen Anklagepunkte im Antrag des IstGH-Strafverfolgers auf Erlassung von Haftbefehlen gegen Netanjahu und Yoav Gallant, der von Dezember 2022 bis zum 5. November 2024 amtierender israelischer Verteidigungsminister war (Khan 2024). Hieran reiht sich die Vorenthaltung medizinischer Versorgung durch Einfuhrbeschränkungen in den Gazastreifen (Viñoles 2024) sowie durch die Zerstörung von fast sämtlichen Krankenhäusern, Kliniken und medizinischen Einrichtungen (Health Cluster 2024). Diese hat zu einer disproportionalen zivilen Sterblichkeitsrate beigetragen, darunter ein Großteil Frauen und Kinder, die sich sowohl mit den israelischen Behauptungen einer gezielten und auf die Minimierung ziviler Opfer bedachten Kriegsführung (Wispelwey et al. 2024) als auch mit den Kernelementen einer wertebasierten und feministischen Außenpolitik nur noch schwer zusammenzubringen lässt (Engelcke 2024; Both 2023). Von dem „feministischen Reflex“, den Bundesaußenministerin Annalena Baerbock für die deutsche Außenpolitik in Aussicht stellte, ist – zumindest in der Außenwahrnehmung – nicht viel übrig.

7 Verlorene Glaubwürdigkeit

Dies soll nicht unterstellen, dass die Bundesregierung hier gänzlich inaktiv ist, dass sie ihre engen Beziehungen nach Israel nicht zu nutzen sucht, um das Schlimmste zu verhindern. Doch sind diese Bemühungen, abseits einer rhetorischen Ebene, bislang kaum wahrnehmbar und offensichtlich nicht oder nur in Ausnahmefällen von Erfolg gezeichnet. Es scheint zweifelhaft, dass die Druckmittel, die gegenüber Israel bestehen (könnten), auch tatsächlich eingesetzt werden. Dies unterminiert auch die deutschen Beteuerungen von der Gleichwertigkeit menschlichen Lebens. Öffentlich häufig als „unerträglich“ beschrieben, scheint das menschliche Leid der Bevölkerung in Gaza offensichtlich doch so erträglich, dass selbst der Einsatz von geächteter Munition wie weißem Phosphor (HRW 2024, 2023), die Nutzung von bis zu 2000 Pfund schweren JDAM (Joint Direct Attack Munitions)-Bomben in zivilen Wohngebieten oder die KI-gestützte Selektion militärischer Ziele unter Inkaufnahme von

bis zu 200 zivilen Opfern (Abraham 2023a, b) keine nennenswerten diplomatischen Konsequenzen nach sich ziehen.

Nun ist es richtig, dass einige der wortstärksten Kritiker der Bundesregierung wie Nicaragua, die Türkei oder Saudi-Arabien selbst nicht gerade lupenreine Demokratien sind und auch, dass nicht alle, die Deutschland nun Unterstützung von Völkermord vorwerfen, mustergültige Verteidiger der Menschenrechte sind. Richtig ist aber auch, dass dies den Vorwurf, Deutschland unterstütze durch seine Außenpolitik israelische Kriegsverbrechen in Gaza, nicht aushebelt – ganz zu schweigen von der internationalen Strahlkraft dieser Vorwürfe. Es war schon immer einfacher, die Unterstützung für die palästinensische Bewegung in weiten Teilen des Globalen Südens pauschal als Antisemitismus abzutun, als die historischen, biografischen und moralischen Gründe für diese Solidarisierung zu verstehen. Sinnvoller als eine instinktive Abwehrhaltung wäre eine ehrliche Reflexion über die blinden Flecken, die sich möglicherweise aus der historisch bedingten deutschen außenpolitischen Verortung ergeben. Zumindest aber verstellt die deutsche Selbstzentriertheit den Blick darauf, dass Deutschland für einen Großteil der Welt derzeit ganz und gar nicht die Rolle eines moralischen Vorbilds einnimmt.

Im Gegenteil: die langfristigen weltanschaulichen Folgen aus der Krise in Gaza werden unterschätzt. Im Nahen Osten politisiert und radikalisiert der Krieg eine ganze Generation. Es sind vor allem die Jungen, die Progressiven, die kritische Zivilgesellschaft, die sich abwenden von einer als unglaubwürdig wahrgenommenen Bundesrepublik. Aber genau diese Kräfte sind es ja, die eine feministische Außenpolitik adressieren wollte (Auswärtiges Amt 2023, S. 34, 55, 71, 76–78). Die derzeitigen und künftigen Bündnispartner bei der Gestaltung eines demokratischeren, menschenfreundlicheren Nahen Ostens. Diese Akteure kehren Deutschland den Rücken. Die Ressentiments sind dabei teils sogar noch heftiger als gegenüber anderen westlichen Staaten. So war die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten, Großbritanniens oder Frankreichs im Menschenrechtssektor bereits lange vor dem 7. Oktober beschädigt, etwa durch die militärischen Interventionen im Irak und in Libyen (Porpora et al. 2013; Falk 2007), durch die Bilder aus Guantanamo (Scharf und Vohra 2009; Holland 2012; Nye 2010) und Abu Ghraib (Binder 2013; Hansen 2015) sowie durch die Fortsetzung von Partnerschaften mit brutalen autokratischen Regimen in Ägypten, Libyen und am arabischen Golf nach der kurzen Zäsur des Arabischen Frühlings (Lynch 2020). Dementsprechend war auch Washingtons militärisches Engagement an der Seite Israels seit dem 7. Oktober für viele kaum überraschend. Demgegenüber fühlen sich viele von Berlin regelrecht verraten, das im Zeitalter des globalen Kriegs gegen den Terror vor allem durch die Nichtteilnahme an der Intervention im Irak und die Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien und dem Nordirak, im Kontext des Nahostkonflikts aber auch durch seine Involvierung als Mediator aufgefallen war (Asseburg und Busse 2011). Diese konstruktive Mittlerrolle kann Deutschland kaum noch glaubwürdig vertreten.

8 Innenpolitik im Fokus der Weltöffentlichkeit

Dies ist indes nicht nur Ergebnis deutscher Außenpolitik. Längst leben wir in einer vernetzten Welt. Der deutsche Diskurs, der für viele von außerhalb wirkt wie aus einem Paralleluniversum, wird international breit rezipiert und kritisiert. Dies war in eingeschränktem Umfang bereits vor dem 7. Oktober der Fall gewesen. Vor allem die Stigmatisierung von Wissenschaftler*innen oder Aktivist*innen, die sich als Teil der BDS-Bewegung verstehen, sowie die Resolution des Bundestags zur Nichtkooperation mit Organisationen, die BDS befürworten, stießen vielerorts auf Befremden, da sich die Kampagne zum Boykott, Divestment und zur Sanktionierung Israels dezidiert in Reaktion auf die international geteilte Ablehnung des bewaffneten Kampfes entwickelte (Munayyer 2016). Ebenso wie der Krieg in Gaza bietet auch diese taktische Entwicklung historische Anknüpfungspunkte für Zivilgesellschaften, die sich in der Tradition antikononialer gewaltfreier Befreiungskämpfe sehen. Die starke Solidarisierung mit Palästina in Südafrika, Indien oder seitens Schwarzer Bewegungen in den Vereinigten Staaten lässt sich auch vor diesem Hintergrund verstehen (Pineda 2022).

Das staatlichen Restriktionen gegen propalästinensische Demonstrationen, die Einreisesperren und Betätigungsverbote gegen prominente propalästinensische Stimmen, darunter moderne arabische Volkshelden wie der britisch-palästinensische Arzt Ghassan Abu Sittah sowie ehemalige europäische Spitzenpolitiker*innen wie der griechische Ökonom Yanis Varoufakis (Ambos 2024b), sowie die Kriminalisierung von Slogans und kulturellen Symbolen Palästinas wie der Kufiya verfestigen das Bild einer deutschen Politik, die unfähig ist, zwischen legitimen Protesten gegen Kriegsverbrechen und der Bedrohung jüdischer Menschen in Deutschland durch Antisemitismus zu differenzieren. Die italienische Politikwissenschaftlerin Donatella della Porta sprach in diesem Kontext jüngst von einer „moralischen Panik“, die den deutschen Umgang mit der Palästinasolidarität bestimme (della Porta 2024). Nicht nur im Globalen Süden, auch in der europäischen Nachbarschaft beobachtet man mit Staunen, wie Debatten hierzulande primär um das analytische Vokabular kreisen, mit dem der Krieg in Gaza legitimerweise beschrieben oder nicht beschrieben werden sollte. Die brutale Wirklichkeit im Gazastreifen erhält in der deutschen Öffentlichkeit nur in eingeschränktem Maße Aufmerksamkeit, nicht zuletzt auch deshalb, weil kritische Stimmen kaum noch Gehör finden oder zunehmend Diffamierung erfahren (Grimm 2024a). Gerade mit Blick aus der arabischen Welt wirkt all dies allzu vertraut. Der Sehnsuchtsort einer progressiven arabischen Diaspora, als der der ägyptische Soziologe Amro Ali Berlin einst beschrieben hat (Ali 2019), ist Deutschland längst nicht mehr.

Im Gegenteil, deutsche Diplomaten*innen werden, stellvertretend für ihre Regierung, in zunehmendem Maße nicht nur mit dem Vorwurf unterschiedlicher Standards bei der Bewertung von Rechtsverstößen durch Israel gegenüber anderen Teilen der Welt konfrontiert (Grimm und Roll 2023; Lintl 2024), sondern auch mit der international stark wahrgenommenen Repression von Solidaritätsaktionen mit Palästina in Deutschland. Das wohl eindrucksvollste Beispiel hierfür lieferte der deutsche Botschafter in Pakistan, Alfred Grannas, der während einer Rede zu Bürgerrechten in der Stadt Lahore von einem jungen Mann unterbrochen wurde, der dem Diplomaten

vorwarf, es grenze an Dreistigkeit, in Pakistan über Bürgerrechte zu sprechen, während in der Bundesrepublik selbst die Menschen, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen, brutal misshandelt würden (Gul 2024). Übertragen per Livestream ging der Zwischenruf schnell viral, ebenso wie Grannas wütende Erwiderung, sein Kritiker solle sich für seinen Ton schämen und den Raum verlassen. In den sozialen Netzwerken wird dieser Wortwechsel seitdem als Paradebeispiel für westliche moralische Überheblichkeit sowie für längst unangemessene deutsche Belehrungen über Rede- und Versammlungsfreiheit zitiert (Alvarez 2024).

Auch der Umgang mit propalästinensischen oder Anti-Kriegs-Protesten, der bereits zu einer Herabstufung Deutschlands im Freiheitsranking von Civicus von „offen“ zu „eingengt“ führte (Civicus 2023) und von Menschenrechtsorganisationen ebenso wie den wichtigsten Zentren für Protest- und Bewegungsforschung mit Sorge bedacht wurde (COSMOS 2024), steht dabei im Fokus. Obgleich der Vergleich zwischen der systematischen Unterdrückung von Opposition in autokratischen Regimen und den Polizeieinsätzen gegen Proteste auf deutschen Straßen hinkt, so sehen dennoch viele zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere solche aus dem Umfeld sozialer Bewegungen, in der Art und Weise, wie deutsche Sicherheitskräfte gegenüber überwiegend friedlichen Besetzungen und Demonstrationen etwa vor dem Kanzleramt oder an deutschen Universitäten vorgehen, Parallelen zu Repressionserfahrungen in den eigenen Ländern (Eskander 2024).

Insbesondere im arabischen Raum sind die Erinnerungen an die brutale Unterdrückung von Massenprotesten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung im Kontext des Arabischen Frühlings noch frisch. Wenn deutsche Behörden kollektiven Aktionen für einen Waffenstillstand nun ebenfalls pauschal die Verharmlosung von Terror vorwerfen oder undifferenziert dem islamistischen Spektrum zuordnen (rbb24 2024), scheinen transnationale Assoziationen zumindest kaum verwunderlich.

Ähnliches gilt für die Diffamierung von Wissenschaftler*innen, welche das grundsätzliche Protestrecht an deutschen Hochschulen verteidigen (dazu Grimm und Mauthofer 2024). Insbesondere die öffentliche Markierung von Forschenden in der Boulevardpresse, teils durch Abdruck ihrer Portraits, als Zielscheibe für Hass erinnerte an die berüchtigte öffentliche Diffamierung der Unterzeichner der Erklärung „Akademiker für den Frieden“ in der Türkei oder der medialen Skandalisierung regimekritischer Wissenschaftler*innen in Ägypten seit der Machtübernahme durch Al-Sisi. Diese Assoziationen wurden dadurch bestärkt, dass die Kampagne durch ein Bild-Interview und Beiträge der deutschen Bundesministerin für Bildung und Forschung in den sozialen Medien losgetreten wurde, in denen sie die Loyalität der Unterzeichner*innen eines offenen Briefes gegen die gewaltsame Räumung studentischer Protestcamps an der Freien Universität Berlin gegenüber dem Grundgesetz in Frage stellte und die Verharmlosung von Gewaltaufrufen und Judenhass unterstellte (Ullrich 2024).

Eine Reihe von Interviewpartner*innen betonen, derartige Vorgänge erinnerten sie an Eingriffe in die Autonomie von Forschenden und Hochschulen sowie die politische Instrumentalisierung der Presse in autokratischen Kontexten. Ob diese Vergleiche nun stimmig oder empirisch haltbar sind, mag Streitbar sein. Sie dominieren derzeit aber ebenso wie Berlins Kurs in der Außenpolitik internationale Fachdebatten (Casey 2024a; Schütze 2024; Grimm 2024a; Thompson und Tuzcu

2024; BRISMES 2024; Celikates et al. 2024) und stehen im Zentrum medialer Diskurse zur deutschen Positionierung zu Gaza im Globalen Süden. Insbesondere bei progressiven Akteuren, deren Augenmerk in der Vergangenheit ohnehin auf der deutschen Öffentlichkeit lag – etwa aufgrund von Deutschlands wichtiger Rolle bei der Verteidigung von Meinungs- und Assoziationsfreiheit oder aufgrund enger Netzwerke zu Diaspora-Gemeinschaften in deutschen Städten – hat sich das Bild Deutschlands verändert oder „geradegerückt“, wie es eine interviewte prominente arabische Menschenrechtsverteidigerin ausdrückte.

9 Realitätscheck für wertegelitete Außenpolitik

Unabhängig davon, wie der Krieg in Gaza ausgeht, wird es eine Rückkehr zum *Status quo ante* nicht geben. Die von deutschen Außenpolitiker*innen unter der Chatham-House-Regel¹¹ immer wieder vorgebrachte Annahme, die Normalisierung der angespannten außenpolitischen Beziehungen zu weiten Teilen des Globalen Südens sei nach dem Ende der Kampfhandlungen und dem Beginn des Wiederaufbaus in Gaza lediglich eine Zeitfrage, spiegelt ein grundlegendes Missverständnis darüber wider, welche Bedeutung der Konflikt in Palästina als Projektionsfläche für Bevölkerungen im Globalen Süden gewonnen hat. Die Hoffnung, man könne an das Erfolgsrezept der deutschen *Soft Power* nahtlos anknüpfen, unterschätzt insbesondere, wie sehr neben den USA auch Deutschland für das Leid in Gaza mitverantwortlich gemacht wird. Berlin wird nicht umhinkommen, auf diese realen Herausforderungen für sein Image und seine außenpolitische Handlungsfähigkeit einzugehen. Im Zentrum steht dabei die gefühlte Diskrepanz zwischen der uneingeschränkten Solidarität mit dem jüdischen Staat und dem Bekenntnis zu einer völkerrechtszentrierten Weltordnung –beides zentrale Prinzipien deutscher Außenpolitik, die eigentlich nicht konträr zueinander stehen sollten. Der Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit hat gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Verfassungsrang (etwa Bundesverfassungsgericht 2015). Die deutsche Staatsräson hat zwar keine verfassungsrechtliche Bindungswirkung, stellt aber einen moralischen Imperativ dar, ein politisches Leitbild – wenn auch ein unscharfes (Wiener 2024; Neumann 2023; Michaels 2023; Benner 2024). Doch schon jetzt zehrt der Eindruck, dass bei Israel besondere Bewertungsstandards gelten, an der Glaubwürdigkeit von Beteuerungen, dass sich deutsche Außenpolitik an diesen beiden Leitplanken – also an einer doppelten Verpflichtung im Sinne des von Bundesaußenminister Joschka Fischer geprägten Dictums „nie wieder Krieg“ und „nie wieder Auschwitz“ – gleichermaßen orientiert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2023; Auswärtiges Amt 2024a; BMVG 2023).

Die Betonung der besonderen historischen Verantwortung für Israels Sicherheit in Deutschlands Verteidigung gegen den Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord vor

¹¹ Die Chatham-House-Regel, die in Diskussionsrunden den freien Austausch von Informationen fördern soll, erlaubt Teilnehmer*innen die freie Verwendung von Informationen, die sie während eines Treffens erhalten, unter der Bedingung, dass die Identität und die Zugehörigkeit der Redner*innen (oder anderer Teilnehmer*innen) nicht preisgegeben werden dürfen.

dem IGH hat diesen Eindruck weiter zementiert (ICJ 2024b). Selbst, wenn man sich hier zu Unrecht ins Visier genommen fühlt, muss man sich besser erklären und möglicherweise auch Anpassungen vornehmen. Andernfalls unterminiert das Fortbestehen doppelter Maßstäbe maßgeblich den auch von Deutschland vorgetragenen Anspruch, Menschenrechte als unverhandelbar, unteilbar und universell zu verteidigen – sowie auch das Engagement all jener Institutionen und Organisationen, die deren Wahrung zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Der Vorwurf, die deutsche Staatsräson stünde gegen Völkerrecht, ist zudem nicht mehr nur ein abstrakter, der sich durch diplomatische Rhetorik auflösen ließe. Er ist bereits jetzt sehr konkret, da der Chefankläger am IStGH Haftbefehle gegen israelische Verantwortliche für mutmaßliche Kriegsverbrechen beantragt hat, denen im November 2024 stattgegeben wurde. Die Debatten in Deutschland seitdem zeigen, dass einige politische und mediale Akteure die Staatsräson höher als die völkerrechtlichen Verpflichtungen gewichten (Ambos 2024c). Dies droht die deutsche Glaubwürdigkeit weiter zu beschädigen.

Auch vor diesem Hintergrund muss die deutsche Israelpolitik einem Realitätstest unterzogen werden. Sie orientiert sich derzeit an einer Art Projektion, die mehr mit deutschen Befindlichkeiten zu tun hat als mit dem realexistierenden Land am Rande des östlichen Mittelmeers. In diesem Land tragen bekennende Rechtsradikale Regierungsverantwortung, die kein Interesse an einer friedlichen Konfliktbeilegung haben (Lintl 2023; Asseburg 2023). Es ist auch ein Land, in dem mittlerweile sehr radikale Lösungen wie die Wiederbesetzung und -besiedlung des Gazastreifens und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung bis weit in die politische Mitte hinein Anklang finden (Arps 2024). Progressive Stimmen, die sich gegen den Krieg aussprechen, erfahren zunehmend Repression und wenig internationale Unterstützung (Ziv 2024a; Roseman 2023; Arps 2024). Dies gilt nicht zuletzt auch für die Familien der Geiseln der Hamas selbst (Rosen 2023), deren Ziel, die Freilassung der Geiseln um jeden Preis zu erwirken, zunehmend mit der Priorisierung der Zerschlagung der Hamas durch die Netanjahu-Regierung kollidiert (Harel 2023).

All das wird in Deutschland wenig rezipiert: Man hört bei den menschenverachtenden Aussagen radikaler Mitglieder von Netanjahus Regierungskoalition und bei der gut dokumentierten Hassrede hochrangiger israelischer Militärs (Law for Palestine 2024), die teils offen genozidale Intentionen nahelegen, nicht so genau zu. Und wenn man es doch tut, dann tut man es oft als Säbelrasseln ab, das wohl nicht so gemeint war. Man schaut auch beim Kriegsgeschehen in Gaza und der eskalierenden Siedlergewalt in der Westbank nicht so genau hin und klammert sich stattdessen an ein idealisierendes Israelbild, das für deutsche Identitätsfindung eine Funktion erfüllt, aber für klarsichtige Außenpolitik einen schlechten Maßstab bietet. Auch mit Blick auf das deutsche Eigeninteresse und die deutsche moralische Selbstverpflichtung im Rahmen der Staatsräson, außenpolitisch zur Sicherheit Israels in der Region beizutragen, verhindert dieser Referenzrahmen einen sinnvollen Umgang mit der israelischen Regierung, deren Strategie, die Strukturen der Hamas durch reine militärische Übermacht zu brechen und dabei gleichzeitig auch die Geiseln aus der Hand der Miliz zu befreien, bislang gescheitert ist (Statement Israel Gaza 2024).

Bereits seit den ersten Tagen des Konflikts warnen Expert*innen, dass die Hamas aufgrund ihres multidimensionalen Charakters als soziale Bewegung, ideologische

Strömung, hierarchischer Ordnungsmechanismus und bewaffnete Miliz kaum allein mit militärischen Mitteln zu besiegen ist (Brown 2023; ICG 2023; Alijla 2024; Roy 2023; Barnes-Dacey und Lovatt 2023; Lovatt 2023). Nach mehr als 15 Monaten Krieg ist dies offensichtlich: Die brutale Kriegsführung in Gaza mag die Kapazitäten der Hamas für großflächige Terrorakte gegen israelische Zivilist*innen wie jene des 7. Oktobers beseitigt haben, doch ist die militärische Infrastruktur der Gruppe im Gazastreifen selbst aber zum Teil noch intakt, wie fortgesetzte Raketenangriffe und Überfälle, auch aus dem bereits als geräumt erklärten Norden, immer wieder zeigen (Cronin 2024).

Gleichzeitig beschert die immer brutalere israelische Kriegsführung unter massiver Inkaufnahme ziviler Opfer, wie zuletzt im Flüchtlingslager Jabaliya im Norden des Gaza-Streifens, der Hamas weiter Zulauf. Bereits vor dem Krieg rekrutierte die islamistische Miliz die Mitglieder ihrer Brigaden oftmals unter Familienangehörigen von Opfern früherer israelischer Militärinterventionen in Gaza. Mit über 45.000 dokumentierten und über 64.000 angenommenen Kriegstoten, vielen zehntausenden Vermissten und Toten durch Hunger und Seuchen sowie über 100.000 Versehrten haben die Opferzahlen nun ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht – und damit auch der Rekrutierungspool für die Hamas oder ihre potenziellen Nachfolgerorganisationen (Condra und Shapiro 2011; Kurd 2022; Jamaludine et al. 2024; Jaeger et al. 2012; Hafez 2003). Diesem Radikalisierungspotenzial können Israel und seine internationalen Partner nur durch das Aufzeigen politischer Perspektiven für ein würdiges und sicheres Leben, rechtlicher Perspektiven für Wiedergutmachung und Gerechtigkeit sowie durch konkrete Pläne für einen Wiederaufbau und eine effektive palästinensische Verwaltung des Gazastreifens begegnen.

Ein Lichtblick bleibt daher, dass es hierfür trotz der enormen Verwerfungen, welche die Gewalteskalation produziert hat, aktuell möglicherweise erstmals seit Jahren wieder eine echte Chance gibt. So haben der 7. Oktober und der Krieg in Gaza und die daraus entstandene geteilte Unsicherheit der palästinensischen und israelischen Bevölkerungen die Frage der palästinensischen Selbstbestimmung wieder zurück auf die internationale Agenda gehievt. Weltweit gibt es nun erstmals seit langem wieder Interesse an der Umsetzung einer Zweistaatenlösung auf Basis der Grenzen von 1967, darunter auch in allen arabischen Staaten auf Basis der arabischen Friedensinitiative. Damit dieses Szenario jedoch eine Chance hat, Wirklichkeit zu werden, braucht es mehr als das Hoffen auf ein besseres Morgen, zumal die amtierende israelische Regierung sich mit der Verhinderung eben jenes Szenarios brüstet und offen eine Wiederbesetzung und -Besiedlung des Gaza-Streifens sowie die Annexion der Westbank diskutiert. Sich ehrlich machen heißt hier für die deutsche Außenpolitik, anzuerkennen, dass es weniger Lippenbekenntnisse braucht und mehr wirklichen Druck.

Ungeachtet dessen wird Palästina aber auch über das mögliche Ende der Kampfhandlungen und eine etwaige Konfliktbeilegung hinaus prominent auf der internationalen Agenda bleiben. Gaza als Symbol wird vermutlich auch die Hamas und ihre Terrortaktiken überleben – auf perfide Weise dürfte das auch Teil des Kalküls ihrer Massaker am 7. Oktober gewesen sein. Denn Gaza ist längst zu einem Kristallisationspunkt für die Sehnsüchte vieler im Globalen Süden nach einer gerechteren Weltordnung avanciert. Gaza wird nachhaltig als Symbol für die nahezu vollständi-

ge Zerstörung urbaner Gebiete durch moderne Kriegsführung aus der Luft bestehen bleiben, ebenso wie für die schlimmsten humanitären Folgen bewaffneter Konflikte. Anders als Aleppo oder Grozny wird es aber auch ein Symbol bleiben für westliche Doppelmoral und unterschiedliche Standards bei der Wahrung völkerrechtlicher Verpflichtungen. Mit Verweis auf das westliche Agieren in Gaza werden sich noch lange nach einem Ende des Krieges autoritäre Regime weltweit menschenrechtlich einen schlanken Fuß machen. Deutschland wird diesen Krieg daher auch perspektivisch als eine Belastungsprobe für die regelbasierte Weltordnung verstehen und entsprechend handeln müssen.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Abi-Habib, M., & Hwaida, S. (2024, 24. Aug.). In a grim Palestinian refugee community, people see hope in Hamas. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2024/08/24/world/middleeast/palestinian-refugees-hamas-lebanon.html>. Zugegriffen: 27. Aug. 2024.
- Abraham, Y. (2023a, 30. Nov.). 'A mass assassination factory': Inside Israel's calculated bombing of Gaza. +972 Magazine. <https://www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza/>. Zugegriffen: 30. Nov. 2023.
- Abraham, Y. (2023b, 30. Nov.). 'Lavender': The AI machine directing Israel's bombing spree in Gaza. +972 Magazine. <https://www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/>. Zugegriffen: 14. May 2024.
- Agha, Z., Esson, J., Griffiths, M., & Joronen, M. (2024). Gaza: A decolonial geography. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 49(2). <https://doi.org/10.1111/tran.12675>.
- Al-Ahram (2024, 8. März). Egyptian artist returns Goethe medal over German support of 'ethnic cleansing' of Palestinians. *Ahram Online*. <https://english.ahram.org.eg/News/519064.aspx>. Zugegriffen: 6. Juni 2024.
- Al-Haq, Addameer Prisoner Support and Human Rights Association, Al Mezan Center for Human Rights, Cairo Institute for Human Rights Studies, The Community Action Center/ Al-Quds University, The Jerusalem Legal Aid and Human Rights Center, & Habitat International Coalition – Housing and Land Rights Network (2022). Joint submission to the Human Rights Committee on Israel's sixth periodic review: Parallel report on Israel's violation and failed implementation of the International Covenant on Civil and Political Rights. https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2022/02/17/joint-submission-to-hrc-on-icppr-1-1645107641.pdf. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Al-Shakeri, H., Eaton, T., & Mansour, R. (2023, 27. Okt.). Ignoring the roots of violence in the Israel-Palestine conflict challenges any future peace. *Chatham House – International Affairs Think Tank*. <https://www.chathamhouse.org/2023/10/ignoring-roots-violence-israel-palestine-conflict-challenges-any-future-peace>. Zugegriffen: 15. Nov. 2023.
- Ali, A. (2019, 25. Jan.). On the need to shape the Arab exile body in Berlin. <https://amroali.com/2019/01/on-the-need-to-shape-the-arab-exile-body-in-berlin/>. Zugegriffen: 16. Dez. 2022.

- Aljila, A. (2024, 7. Jan.). The unending challenge: Why Hamas cannot be completely destroyed. Security in Context. <https://www.securityincontext.com/posts/the-unending-challenge-why-hamas-cannot-be-completely-destroyed>. Zugegriffen: 9. Jan. 2024.
- Alvarez, B. [@BenjAlvarez1] (2024, 27. Apr.). "I'm shocked by the audacity that you are here to talk about civil rights while your country is brutally abusing the people speaking for the rights of the Palestinians." Protesters today interrupted the German ambassador at a civil rights conference in Pakistan's Lahore [Tweet]. X.com. <https://x.com/BenjAlvarez1/status/1784268043075395928>. Zugegriffen: 27. Apr. 2024.
- Ambos, K. (2024a, 3. Apr.). Apartheid in the occupied Palestinian territory? Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/apartheid-in-the-occupied-palestinian-territory/>. Zugegriffen: 1. Mai 2024.
- Ambos, K. (2024b, 2. Mai). Scharfgestellte Staatsräson: Zum Umgang deutscher Sicherheitsbehörden mit dem Berliner „Palästina-Kongress“. Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/scharfgestellte-staatsraeson/>. Zugegriffen: 5. Mai 2024.
- Ambos, K. (2024c, 19. Aug.). Staatsräson vor Völker(straf)recht? Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/amicus-curiae-deutschland-istgh-israel/>. Zugegriffen: 7. Aug. 2024.
- Amnesty International (2022). Israel's apartheid against Palestinians: Cruel system of domination and crime against humanity. <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>. Zugegriffen: 7. Aug. 2024
- Arab Center for Research and Policy Studies (2024). Arab public opinion about the Israeli War on Gaza. Doha Institute. <https://www.dohainstitute.org/en/Lists/ACRPS-PDFDocumentLibrary/arab-opinion-war-on-gaza-full-report-en.pdf>. Zugegriffen: 30. Okt. 2024.
- Arps, J. O. (2024, 20. Aug.). „Die Realität ist binational“. *AK Analyse & Kritik*. <https://www.akweb.de/politik/israel-palaestina-gaza-die-israelisch-palaestinensische-linke-hat-keine-verbundenen-aber-eine-grosse-staerke/>. Zugegriffen: 1. Okt. 2024.
- Arps, J. O. (2024, 20. Aug.). „Die Realität ist binational“. Die israelisch-palästinensische Linke hat keine Verbündeten, aber eine große Stärke, sagt Gil Shohat. *Analyse & Kritik*. <https://www.akweb.de/politik/israel-palaestina-gaza-die-israelisch-palaestinensische-linke-hat-keine-verbundenen-aber-eine-grosse-staerke/>. Zugegriffen: 14. Jan. 2025.
- Asseburg, M. (2022). Amnesty International und der Apartheid-Vorwurf gegen Israel. Politische und rechtliche Relevanz. Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://www.swp-berlin.org/publikation/amnesty-international-und-der-apartheid-vorwurf-gegen-israel>. Zugegriffen: 10. Okt. 2023.
- Asseburg, M. (2023, 19. Jul.). Bis zum Äußersten entschlossen. IPG Journal. <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/bis-zum-aeussersten-entschlossen-6862/>. Zugegriffen: 20. Sep. 2023.
- Asseburg, M., & Busse, J. (2011). Deutschlands Politik gegenüber Israel. In T. Jäger, A. Höse, & K. Oppermann (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen* (S. 693–716). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Auswärtiges Amt (o.J.). Reform of the United Nations Security Council – questions and answers. <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/internationale-organisationen/vereintenationen/reforms-fragen/231618>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Auswärtiges Amt (2023). Feministische Außenpolitik gestalten. Leitlinien des Auswärtigen Amts. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Auswärtiges Amt (2024a, 21. März). Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der aktuellen Stunde zur Lage in Israel und den Palästinensischen Gebieten im Bundestag. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/aktuelle-stunde/2649986>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Auswärtiges Amt (2024b, 10. Sep.). Humanitäre Katastrophe in Gaza – Deutschland hilft. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/nahermittlererosten/-/2627842>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Baconi, T. (2018). *Hamas contained: The rise and pacification of Palestinian resistance*. Stanford: Stanford University Press.
- Barnes-Dacey, J., & Lovatt, H. (2023, 17. Okt.). What Europe's role should be in Israel-Hamas war. POLITICO. <https://www.politico.eu/article/israel-hamas-war-role-of-europe/>. Zugegriffen: 20. Mai 2024.
- Barnett, M., Brown, N. J., Lynch, M., & Telhami, S. (2023). *The one state reality: What is Israel/Palestine?* Ithaca: Cornell University Press.
- Bartov, O. (2023, 10. Nov.). Opinion. What I believe as a historian of genocide. The New York Times. <https://www.nytimes.com/2023/11/10/opinion/israel-gaza-genocide-war.html>. Zugegriffen: 10. Nov. 2023.
- Bartov, O. (2024, 13. Aug.). As a former IDF soldier and historian of genocide, I was deeply disturbed by my recent visit to Israel. The Guardian. <https://www.theguardian.com/world/article/2024/aug/13/israel-gaza-historian-omer-bartov>. Zugegriffen: 14. Aug. 2024.

- Bax, D. (2024, 5. Apr.). Studie zu Waffenexporten. Deutsche Panzerfäuste in Gaza. Taz. <https://taz.de/!6002667/>. Zugegriffen: 5. Apr. 2024.
- Behr, T. (2008). Enduring differences? France, Germany and Europe's Middle East dilemma. *Journal of European Integration*, 30(1), 79–96. <https://doi.org/10.1080/07036330801959507>.
- Benner, T. (2024, 12. Feb.). Deutsche Israel-Politik: Die Unvernunft Der Staatsräson. GPPI. <https://gppl.net/2024/02/12/die-unvernunft-der-staatsraeson>. Zugegriffen: 14. Feb. 2024.
- Binder, W. (2013). *Abu Ghraib und die Folgen: ein Skandal als ikonische Wende im Krieg gegen den Terror*. Kultur und soziale Praxis. Bielefeld: transcript.
- BMVG – Bundesministerium der Verteidigung (2023). Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie. <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023, 13. Dez.). Nach Überprüfung der Kontrollmechanismen: Deutschland nimmt die Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten wieder auf. <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/zusammenarbeit-palaestinensische-gebiete-wieder-aufgenommen-195748>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Both, L. (2023, 23. Nov.). Gefährlicher Vertrauensverlust. IPG Journal. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/ausen-und-sicherheitspolitik/artikel/gefaehrlicher-vertrauensverlust-7145/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- BRISMES – British Society for Middle East Studies (2024, 23. Mai). Academic freedom. Letter to German Federal Minister of Education and Research. <https://www.brismes.ac.uk/news/academic-freedom-letter-to-german-federal-minister-of-education-and-research>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Brown, N. J. (2023, 3. Nov.). There might be no day after in Gaza. Carnegie Endowment for International Peace. <https://carnegieendowment.org/research/2023/11/there-might-be-no-day-after-in-gaza?lang=en>. Zugegriffen: 25. Nov. 2023.
- B'Tselem (2021, 12. Jan.). A regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid. https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid. Zugegriffen: 12. Feb. 2022.
- Buchen, S. (2024). Panorama: Todeszone Gaza: Waffen aus Deutschland. ARD. <https://www.ardmediathek.de/video/panorama/todeszone-gaza-waffen-aus-deutschland/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS9jYjcyZWNmNi03Y2I3LTQyYWVlYTQ0MS0wMDgwMGRkYmIxNTE>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- BVerfGE – Bundesverfassungsgericht (2015, 15. Dez.). BVerfGE 41, 1, I., 33–57.
- Byman, D. (2024). A war they both are losing: Israel, Hamas and the plight of Gaza. *Survival*, 66(3), 61–78. <https://doi.org/10.1080/00396338.2024.2357484>.
- Cafiero, G. (2024, 19. Mai). Why Arab leaders aren't helping the Palestinians in Gaza. <https://responsiblestatecraft.org/arab-leaders-not-helping-palestinians/>. Zugegriffen: 20. Mai 2024.
- Casey, R. (2024a, 24. Mai). How Germany lost the Middle East. Foreign Policy. <https://archive.is/VuwVS>. Zugegriffen: 25. Mai 2024.
- Casey, R. (2024b, 3. Mai). Palestinian employee of German development agency 'abused' in Israeli jail. Al Jazeera. <https://www.aljazeera.com/news/2024/5/3/palestinian-employee-of-german-development-agency-abused-in-israeli-jail>. Zugegriffen: 3. Mai 2024.
- Celikates, R., Koddenbrock, K., & Koloma Beck, T. (2024, 21. Mai). Attacks on German campus protests fuel authoritarian turn. Jacobin. <https://jacobin.com/2024/05/germany-palestine-protest-authoritarianism-universities>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Civicus (2023, 6. Dez.). Germany's human rights record slips after targeting of climate activists. <https://monitor.civicus.org/presscentre/germany/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Condra, L. N., & Shapiro, J. N. (2011). Who takes the blame? The strategic effects of collateral damage. *American Journal of Political Science*, 56(1), 167–187. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2011.00542.x>.
- Conrad, S. (2024, 13. Feb.). Postkolonialismus, Antisemitismus und Geschichtspolitik. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/postkolonialismus-antisemitismus-und-geschichtspolitik-19515255.html>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- COSMOS – Center on the Study of Social Movement (2024, 17. Mai). An open letter on freedom of expression and protest on Palestine by the European Social Movement Studies Community. <https://cosmos.sns.it/news/a-statement-on-freedom-of-expression-and-protest-on-palestine-by-the-european-social-movement-studies-community/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Cronin, A. K. (2024, 3. Juni). How Hamas ends. Foreign Affairs. <https://archive.is/7LwGa>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.

- Deutscher Bundestag (2013). Schröders Nein zur militärischen Option im Irak. https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/42835651_kw06_kalenderblatt_irakkrieg-210866. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Deutscher Bundestag (2024). Details zu Rüstungsexporten nach Israel. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1009274>. Zugegriffen: 5. Sep. 2024.
- Dill, J. (2023, 13. Okt.). Our shared horror. EJIL: Talk!. <https://www.ejiltalk.org/our-shared-horror/>. Zugegriffen: 15. Okt. 2023.
- Dill, J. (2024, 26. Jan.). What international law can – and can't achieve – in Gaza. TIME. <https://time.com/6588977/international-law-israel-gaza-ukraine-russia/>. Zugegriffen: 26. Jan. 2024.
- Dörries, B. (2023, 4. Dez.). Nahostpolitik: „Das ist direkte Mittäterschaft“. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/politik/menschenrechtsaktivist-bahgat-kritisiert-bundesregierung-nahost-1.6313820>. Zugegriffen: 1. Feb. 2024.
- ECCHR (2023). Waffen und Konfliktgebiete im EU-Lieferkettengesetz (CSDDD). Themenpapier. https://www.ecchr.eu/fileadmin/user_upload/ECCHR_PP_ARMES_DE_FF.pdf. Zugegriffen: 20. Okt. 2024.
- ElBaradei, M. (2024, 25. Jan.). Weltordnung in Trümmern. IPG Journal. <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/weltordnung-in-truemmern-7267/>. Zugegriffen: 10. Juni 2024.
- Engelcke, D. (2024, 16. Apr.). Sargnagel für die feministische Außenpolitik. Zenith. <https://magazin.zenith.me/de/politik/deutschland-und-der-gaza-krieg>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Engelcke, D., & Pfeifer, H. (2024, 7. Nov.). Die Realität deutscher Waffenlieferungen an Israel. Zenith. <https://magazin.zenith.me/de/politik/ruestungsexporte-voelkerrecht-und-der-krieg-gaza>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Eskander, W. (2024, 17. Apr.). Berlin hat sein Versprechen gebrochen. dis:orient. <https://www.disorient.de/genozid-gaza-protest-berlin-repression>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024
- Falk, R. (2007). *The costs of war: International law, the UN, and world order after Iraq*. New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203940709>.
- Fassin, D. (2024). The rhetoric of denial: Contribution to an archive of the debate about mass violence in Gaza. *Journal of Genocide Research*, 0(0), 1–7. <https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2308941>.
- Fishman, J. S. (2012). The BDS message of anti-Zionism, anti-Semitism, and incitement to discrimination. *Israel Affairs*, 18(3), 412–425. <https://doi.org/10.1080/13537121.2012.689521>.
- Foltyn, S., & Al-Barajneh, S. (2024, 26. Apr.). ‘We are with them’: Support for Hamas grows among Palestinians in Lebanon. The Guardian. <https://www.theguardian.com/world/2024/apr/26/we-are-with-them-support-for-hamas-grows-among-palestinians-in-lebanon>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- German Foreign Office [@Germany Diplo] (2024, 16. März). Germany is helping – also from air. @Team_Luftwaffe dropped relief supplies over the north of #Gaza today in teamwork with @GermanyDiplo @francediplo & Jordan. Four pallets with one ton of food each, including rice & flour. [Tweet]. X.com. <https://x.com/GermanyDiplo/status/1768971175114281269>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Forensis (2024). Kurzstudie: Deutsche Rüstungsexporte nach Israel 2003–2023. https://content.forensic-architecture.org/wp-content/uploads/2024/05/Forensis-Report-German-Arms-Exports-to-Israel-2003-2023_German.pdf. Zugegriffen: 2. Apr. 2024.
- Funk, A., & Bustami, A. (2024, 13. Aug.). Power to the people. Zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung Palästinas nach dem Gutachten des IGH vom 19. Juli 2024. Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/palastina-igh-gutachten/>. Zugegriffen: 14. Aug. 2024.
- Ghaddar, H., & Zelin, A. Y. (2024, 18. Juni). The Muslim Brothers give Hamas a foothold in Lebanon. The Washington Institute for Near East Policy. <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/muslim-brothers-give-hamas-foothold-lebanon>. Zugegriffen: 20. Juni 2024.
- Goldman, A. (2024, 18. Apr.). Yes, it is genocide. The Palestine Project. <https://thepalestineproject.medium.com/yes-it-is-genocide-634a07ea27d4>. Zugegriffen: 18. Apr. 2024.
- Goldmann, M. (2024, 23. Juli). Die Zeitenwende beginnt im Nahen Osten. Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/die-zeitenwende-beginnt-im-nahen-osten/>. Zugegriffen: 24. Juli 2024.
- Grimm, J. J. (2024a). On academic integrity and historic responsibility: Shrinking spaces for critical debate in Germany after October 7. In POMEPS, *The war on Gaza and Middle East political science* (S. 25–31). https://pomeps.org/wp-content/uploads/2024/04/POMEPS_Studies_51_Web-1.pdf. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Grimm, J. J. (2024b). Radikal gewaltfrei: Zu den Wirkungsbedingungen disruptiver Proteste. *W&F Wissenschaft und Frieden*, 42(2), 6–11.
- Grimm, J. J., & Mauthofer, L. (2024). Conflict over the conflict: The restriction of Palestine solidarity and academic freedom in Germany. *APSA MENA Newsletter*, 7(2), 66–72. <https://doi.org/10.5281/zenodo.13948162>.

- Grimm, J. J., & Roll, S. (2023). Menschenrechtsdialog mit arabischen Staaten: Argumentationsmuster autoritärer Regime als Herausforderung für eine wertegeleitete Außenpolitik. Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A45/>. Zugegriffen: 12. Aug. 2023
- Gul, A. (2024, 27. Apr.). Pro-Palestinian demonstrators in Pakistan disrupt German ambassador's speech. Voice of America. <https://www.voanews.com/a/demonstrators-in-pakistan-disrupt-german-ambassador-s-speech/7587687.html>. Zugegriffen: 27. Apr. 2024.
- Haddad, E. (2024, 3. Jan.). Abou Obeida: Palestinian refugees' new resistance icon in Lebanon. L'Orient Today. <https://today.lorientlejour.com/article/1362943/abou-obeida-palestinian-refugees-new-resistance-icon-in-lebanon.html>. Zugegriffen: 3. Jan. 2024.
- Hafez, M. (2003). *Why Muslims rebel: Repression and resistance in the Islamic world*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Hage, G. (2023, Nov.). Gaza and the coming age of the 'warrior'. Allegra Laboratory. <https://allegralaboratory.net/gaza-and-the-coming-age-of-the-warrior/>. Zugegriffen: 19. Nov. 2023.
- Hagmann, J. (2024, 7. Mai). Menschenrechtlerin über GIZ-Angestellte: „Warum ist Baraa verhaftet worden?“. Taz. <https://taz.de/!6009316/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Hansen, L. (2015). How images make world politics: International icons and the case of Abu Ghraib. *Review of International Studies*, 41(2), 263–288. <https://doi.org/10.1017/S0260210514000199>.
- Harel, A. (2023, 12. Nov.). Israel's two key goals of Hamas war are set to collide. Haaretz. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-11-12/ty-article/premium/israels-two-key-goals-of-war-are-set-to-collide/0000018b-c03b-dea2-a9bf-d0bfd7ed0000>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Haslam, N., Loughnan, S., Reynolds, C., & Wilson, S. (2007). Dehumanization: A new perspective. *Social and Personality Psychology Compass*, 1(1), 409–422. <https://doi.org/10.1111/j.1751-9004.2007.00030.x>.
- Health Cluster (2024). Health Cluster bulletin – oPt. <https://healthcluster.who.int/publications/m/item/health-cluster-bulletin--opt>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Hever, S. (2019). BDS suppression attempts in Germany backfire. *Journal of Palestine Studies*, 48(3), 86–96. <https://doi.org/10.1525/jps.2019.48.3.86>.
- Hever, S. (2024, 1. Juni). Debatte über den Krieg in Gaza: Deutschland und der Gazakrieg. Junge Welt. <https://www.jungewelt.de/artikel/476411.debatte-ueber-den-krieg-in-gaza-deutschland-und-der-gazakrieg.html>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Holland, J. (2012). *Selling the war on terror: Foreign policy discourses after 9/11*. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203094501>.
- HRW – Human Rights Watch (2021, 27. April). A threshold crossed. Israeli authorities and the crimes of apartheid and persecution. <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- HRW – Human Rights Watch (2023, 16. Okt.). Israel: Einsatz von weißem Phosphor in Gaza und im Libanon. In bewohnten Gebieten große Risiken für Zivilist*innen. <https://www.hrw.org/de/news/2023/10/16/israel-einsatz-von-weissem-phosphor-gaza-und-im-libanon>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- HRW – Human Rights Watch (2024, 5. Juni). Lebanon: Israel's white phosphorous use risks civilian harm. Airburst munitions used unlawfully in populated areas. <https://www.hrw.org/news/2024/06/05/lebanon-israels-white-phosphorous-use-risks-civilian-harm>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- ICG – International Crisis Group (2023, 9. Dez.). A way out for Gaza. <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/east-mediterranean-mena/israelpalestine/b90-way-out-gaza>. Zugegriffen: 15. Dez. 2023.
- ICJ (2024b). Public sitting held on Tuesday 9 April 2024, at 10 a. m., at the Peace Palace, President Salam presiding, in the case concerning alleged breaches of certain international obligations in respect of the occupied Palestinian territory (Nicaragua v. Germany). Verbatim record. <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/193/193-20240409-ora-01-00-bi.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- ICJ – International Court of Justice (2024a). Legal consequences arising from the policies and practices of Israel in the occupied Palestinian territory, including east Jerusalem. Advisory opinion. <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-adv-01-00-en.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Jaeger, D. A., Klor, E. F., Miaari, S. H., & Paserman, M. D. (2012). The struggle for Palestinian hearts and minds: Violence and public opinion in the second Intifada. *Journal of Public Economics*, 96(3), 354–368. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2011.12.001>.
- Jamaluddine, Z., Abukmail, H., Aly, S., Campbell, O., & Checchi, F. (2024). Traumatic injury mortality in the Gaza Strip from Oct 7, 2023, to June 30, 2024: a capture–recapture analysis. *The Lancet*. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)02678-3](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)02678-3).

- Kahane, A. (2024, 17. März). DICKES B. Frankfurter Rundschau. <https://www.fr.de/meinung/kolumnen/dickes-92896264.html>. Zugegriffen: 17. Apr. 2024.
- Kaube, J. (2024, 5. Jan.). Linker Antisemitismus: Warum die Palästinenser als Ersatzproletariat dienen. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/linker-antisemitismus-warum-die-palaestinenser-als-ersatzproletariat-dienen-19429143.html>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Keitner, C. (2024, 4. Juni). Making sense of the ICJ's provisional measures in South Africa v. Israel. Lawfare. <https://www.lawfaremedia.org/article/making-sense-of-the-icj-s-provisional-measures-in-south-africa-v-israel>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Khalidi, R. (2020). *The hundred years' war on Palestine: A history of settler colonialism and resistance, 1917–2017*. Metropolitan Books.
- Khan, Y. S. (2024, 31. Mai). Gaza arrest warrants: Assessing starvation as a method of warfare and associated starvation crimes. Just Security. <https://www.justsecurity.org/96257/assessing-gaza-starvation/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Khan, M. S., & Tacon Tinua, A. (2024). Israel-Palestine: Dehumanisation and silencing. *The Lancet*, 403(10429), 805–806. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)00043-6](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)00043-6).
- Kharroub, T. (2020, 16. Nov.). The 2019–2020 Arab opinion index: Main results in brief. Arab Center Washington DC. <https://arabcenterdc.org/resource/the-2019-2020-arab-opinion-index-main-results-in-brief/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Klein, F. (2024, 20. Feb.). Akademischer Antisemitismus: Hierarchien des Hasses. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/akademischer-antisemitismus-hierarchien-des-hasses-felix-klein-19531381.html>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Klein, F. (o.J.). Felix Klein kritisiert israel-feindliche Äußerungen bei der Preisverleihung der Berlinale. Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus. <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BAS/DE/2024/Berlinale.html?sessionid=20DF534792E9277F2E3434CCFEEC075B.live872?nn=13863994>. Zugegriffen: 27. Aug. 2024.
- Kortam, M. (2024, 17. Jan.). Operation Al-Aqsa Flood in Lebanon's Palestinian camps: Emotion and reason, solidarity and militancy. Arab Reform Initiative. <https://www.arab-reform.net/publication/operation-al-aqsa-flood-in-lebanons-palestinian-camps-emotion-and-reason-solidarity-and-militancy/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Kreß, C. (2024, 24. Juli). Bei Gaza zu weit gegangen. IGH-Gutachten zu Israels Besetzung palästinensischer Gebiete. Legal Tribune Online. <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/israelische-besetzung-palaestiniensischer-gebiete-gaza-was-aus-dem-igh-gutachten-foelgt>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Kurd, D. E. (2022). Support for violent versus non-violent strategies in the Palestinian territories. *Middle East Law and Governance*, 14(3), 331–365. <https://doi.org/10.1163/18763375-14030005>.
- Law for Palestine (2024, 4. Jan.). Law for Palestine releases database with 500+ instances of Israeli incitement to genocide – Continuously updated. <https://law4palestine.org/law-for-palestine-releases-database-with-500-instances-of-israeli-incitement-to-genocide-continuously-updated/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Lederman, S. (2024). Gaza as a laboratory 2.0. *Journal of Genocide Research*, 0(0), 1–6. <https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2309706>.
- Lemkin Institute for Genocide Prevention [@LemkinInstitute]. (2024). The Lemkin Institute has had it with the cynical lies and propaganda from Israel and the USA. One can have different views about the definition of genocide, but one may not use definitional disputes to deny genocide [...]. [Tweet]. X.com. <https://x.com/LemkinInstitute/status/1795295046088221017>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Liel, A. (2024, 31. Mai). Mehr als Symbolpolitik. IPG Journal. <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/mehr-als-symbolpolitik-7541/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Lintl, P. (2023). Israels antiliberale Koalition. Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://www.swp-berlin.org/publikation/israels-antiliberale-koalition>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Lintl, P. (2024, 26. Feb.). Kein Blankoscheck. IPG Journal. <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/kein-blankoscheck-7345/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Lobo, S. (2024, 1. Feb.). Kolumne: Wie man Hass enttarnt – Antisemitismus erkennen für Anfänger. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/netzwelt/antisemitismus-erkennen-fuer-anfaenger-wie-man-hass-gegen-juden-enttarnt-a-7752e35c-52df-4646-9222-bfcd206040ed>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Lovatt, H. (2023, 1. Nov.). Why Israel's attempt to wipe out Hamas will not succeed. The Spectator. <https://www.spectator.co.uk/article/why-israels-attempt-to-wipe-out-hamas-will-not-succeed/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.

- Lynch, M. (2020, 8. Dez.). The Arab uprisings never ended. The enduring struggle to remake the Middle East. *Foreign Affairs*. <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2020-12-08/arab-uprisings-never-ended>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Lynch, M. (2024, 22. Apr.). The coming Arab backlash. Abu Aardvark's MENA Academy. https://abuavardvark.substack.com/p/the-coming-arab-backlash?publication_id=866290&utm_campaign=email-post-title&r=1hgrj7&utm_medium=email. Zugegriffen: 24. Apr. 2024.
- Mamdouh, R. (2023, 7. Dez.). Germany cuts funding to Egyptian women's rights organization for criticizing Israel. *Mada Masr*. <https://www.madamasr.com/en/2023/12/07/news/u/germany-cuts-funding-to-egyptian-womens-rights-organization-for-criticizing-israel/>. Zugegriffen: 8. Dez. 2023.
- MEMO – Middle East Monitor (2024, 12. Feb.). Khan Younis' homes targeted by Israeli MATADOR fun missiles. <https://www.middleeastmonitor.com/20240212-khan-younis-homes-targeted-by-israeli-matador-fun-missiles/>. Zugegriffen: 14. Feb. 2024.
- MENA Rights Group (2024, 5. März). Israel detains Palestinian human rights defender without trial or charges. <https://menarights.org/en/case/baraa-awad-ahmed-odeh>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Michaels, R. (2023, 22. Nov.). #Staatsräson. Zum Gebrauch des Begriffs nach dem 7. Oktober. *Geschichte der Gegenwart*. <https://geschichtedergegenwart.ch/staatsraeson-zum-gebrauch-des-begriffs-nach-dem-7-oktober/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Middle East Eye [@MiddleEastEye]. (2024). In an exclusive interview with Middle East Eye Zukiswa Wanner, South African writer, explains why she returned her Goethe Medal to Germany [Tweet]. X.com. <https://x.com/MiddleEastEye/status/176615553519042881>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Munayyer, Y. (2016). BDS: Where it came from and where it is headed. *Geographical Review*, 106(2), 283–287. <https://doi.org/10.1111/j.1931-0846.2016.12165.x>.
- Neumann, C. (2023, 8. Dez.). Das Spannungsverhältnis zwischen Staatsräson und Grundrechten: Auf dem Weg zu einer präziseren Antisemitismusdefinition. *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/das-spannungsverhaeltnis-zwischen-staatsraeson-und-grundrechten/>. Zugegriffen: 9. Dez. 2023.
- Nour, A., Ball, P., & BBC Visual Investigation (2024, 23. Juli). Israel-Hezbollah: Mapping the scale of damage of cross-border attacks. <https://www.bbc.com/news/articles/cv2gj544x65o>. Zugegriffen: 23. Juli 2024.
- Nye, J. S. (2010). The future of soft power in US foreign policy. In I. Parmar, & M. Cox (2010), *Soft power and US foreign policy: Theoretical, historical and contemporary perspectives* (S. 4–11). London: Routledge.
- OCHA – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2023, 14. Dez.). Hostilities in the Gaza Strip and Israel. Flash Update #69. <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-69>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Office of Inspector General (2024). USAID's Gaza response: External factors impaired distribution of humanitarian assistance through the JLOTS maritime corridor. U. S. Agency for International Development. <https://oig.usaid.gov/sites/default/files/2024-08/OIG%20Final%20Report%20-%20JLOTS%20Maritime%20Corridor%20Evaluation.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- OHCHR – The Office of the High Commissioner for Human Rights (2024, 23. Feb.). Arms exports to Israel must stop immediately: UN experts. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/arms-exports-israel-must-stop-immediately-un-experts>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Omran, R., Al Khonaini, A., Lotfy, M., El Nadim Center, Soliman, A., Rouhana, Z., Younis, I., Attalah, L., Abdel Aziz, H., & Aweidah, S. (2023, 29. Okt.). Letter to the ambassadors of France and Germany to our respective countries. *Mada Masr*. <https://www.madamasr.com/en/2023/10/29/opinion/u/letter-to-the-ambassadors-of-france-and-germany-to-our-respective-countries/>. Zugegriffen: 29. Okt. 2023.
- Pehlivan, E. (2024, 6. Juni). Umfrage: Mehrheit der Deutschen hat kein Verständnis für militärisches Vorgehen Israels im Gazastreifen. *Frankfurter Rundschau*. <https://www.fr.de/politik/umfrage-mehrheit-der-deutschen-kein-verstaendnis-fuer-militaerisches-vorgehen-israel-gazastreifen-hamas-93108876.html>. Zugegriffen: 6. Juni 2024.
- Pineda, E. (2022). Beyond (and before) the transnational turn: Recovering civil disobedience as decolonizing praxis. *Democratic Theory*, 9(2), 11–36. <https://doi.org/10.3167/dt.2022.090202>.
- Porpora, D. V., Nikolaev, A. G., May, J. H., & Jenkins, A. (2013). *Post-ethical society: The Iraq war, Abu Ghraib, and the moral failure of the secular*. Chicago: University of Chicago Press.
- della Porta, D. (2024). Moral panic and repression: The contentious politics of anti-Semitism in Germany. *Partecipazione e Conflitto. An International Journal*, 17(2), 276–349.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2023, 4. Sep.). Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, zur Eröffnung der Konferenz der Leiterinnen und Leiter deutscher Auslandsvertretungen am 4. September 2024 in Berlin. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/>

- newsletter-und-abos/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2221596. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Purtschert, P., Lüthi, B., & Falk, F. (2024, 13. Mai). Der Aufbruch zu einer gemeinsamen Gegenwart. Republik. <https://www.republik.ch/2024/05/13/der-aufbruch-zu-einer-gemeinsamen-gegenwart>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Rabat, B. E. A. (2023, 2. Nov.). Tunisia: Friedrich-Ebert-Stiftung's 'silence on Gaza' sets off mass resignation in youth program. *The New Arab*. <https://www.newarab.com/news/tunisia-german-fes-silence-gaza-sets-mass-quitting>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- rbb24 (2024, 13. Apr.). Hunderte demonstrieren nach Auflösung des „Palästina-Kongresses“ in Berlin. <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/04/palaestina-kongress-berlin-proteste-polizeidemonstrationen.html>. Zugegriffen: 14. Apr. 2024.
- Reliefweb (2024a). UNOSAT – FAO Gaza strip cropland damage assessment – June 2024. <https://reliefweb.int/map/occupied-palestinian-territory/unosat-fao-gaza-strip-cropland-damage-assessment-june-2024>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Reliefweb (2024b). Conflict in the Arab region degrading the land, threatening the future [EN/AR]. <https://reliefweb.int/report/lebanon/conflict-arab-region-degrading-land-threatening-future-enar>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Rhades, M. (2024, 14. März). Waffenlieferungen als Staatsräson? Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/waffenlieferungen-als-staatsraeson/>. Zugegriffen: 14. März 2024.
- Roseman, Y. (2023, 3. Nov.). Israels rechte Regierung duldet keinen Widerspruch. *Jacobin Magazin*. <https://www.jacobin.de/artikel/israel-repression-protest-linke-palaestina-haifa-ben-gvir>. Zugegriffen: 3. Nov. 2023.
- Rosen, M. (2023, 15. Nov.). Hostages' families fight to be heard. *Jewish Currents*. <https://jewishcurrents.org/hostages-families-fight-to-be-heard>. Zugegriffen: 15. Nov. 2023.
- Roy, S. (2023, 19. Dez.). The long war on Gaza. *The New York Review*. <https://www.nybooks.com/online/2023/12/19/the-long-war-on-gaza/>. Zugegriffen: 19. Dez. 2023.
- Saleh, Y. al-H. (2024, 31. Mai). Gaza in Berlin. Projection, Censorship, and the othering machine. *Al-Jumhuriya*. <https://aljumhuriya.net/en/2024/05/31/gaza-in-berlin/>. Zugegriffen: 4. Apr. 2024.
- Scharf, M. P., & Vohra, S. (2009). Foreword: After Guantanamo. *Case Western Reserve Journal of International Law*, 42(1), 1–9.
- Scher, C. (2024). Weekly building damage surveys in Gaza. <https://whiscoresy.com/project/gaza-2024/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Schneider, M., & Grimm, J. (2024, 4. Juni). Wertekollision. Die Positionierung der Bundesregierung im Gaza-Krieg beschädigt das Ansehen Deutschlands in der Welt nachhaltig. Noch ist Zeit, gegenzusteuern. <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/wertekollision-7530/>. Zugegriffen: 24. Okt. 2024.
- Schütze, B. (2024). Supporting plausible acts of genocide: Red lines and the failure of German Middle Eastern studies. *POMEPS – Project on Middle East Political Science*. <https://pomeps.org/supporting-plausible-acts-of-genocide-red-lines-and-the-failure-of-german-middle-eastern-studies>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Segal, R. (2023, 13. Okt.). A textbook case of genocide. *Jewish Currents*. <https://jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide>. Zugegriffen: 15. Okt. 2023.
- Segal, R., & Daniele, L. (2024). Gaza as twilight of Israel exceptionalism: Holocaust and genocide studies from unprecedented crisis to unprecedented change. *Journal of Genocide Research*, 1–10. <https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2325804>.
- Semerddjian, E. (2024). A world without civilians. *Journal of Genocide Research*, 1–6. <https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2306714>.
- Shaw, M. (2024). Inescapably genocidal. *Journal of Genocide Research*, 1–5. <https://doi.org/10.1080/14623528.2023.2300555>.
- Spanhel, T. (2024, 10. Apr.). Arabische Kritik an deutscher Nahost-Politik: Verlorenes Vertrauen. *Tageschau*. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/nahost-krieg-rolle-deutschland-100.html>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Statement Israel Gaza (2024, 26. März). Deutschlands Reaktionen auf den Israel-Gaza Krieg entsprechen nicht seinen eigenen Prinzipien. <https://statementisraelgaza.wordpress.com/de/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Tanielian, M. S. (2024). The silent slow killer of famine: Humanitarian management and permanent security. *Journal of Genocide Research*, 1–9. <https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2310866>.
- Team Luftwaffe [@Team_Luftwaffe] (2024, 16. März). Update #AirDropforGaza: Nur 72 Std. nachdem Verteidigungsminister Boris Pistorius uns das Go gegeben hat, hat unsere #C130 Maschine 4t drin-

- gend benötigter Lebensmittel über dem Norden des Gaza abgeworfen. Aus etwa 1000 Meter Höhe haben wir die 4 Paletten punktgenau geliefert [Tweet]. X.com. https://x.com/Team_Luftwaffe/status/1768957166143094863. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Telhami, S., Lynch, M., & Langlois, K. (2023). Middle East scholar barometer #5. *Middle East Scholar Barometer*. College Park, MD: University of Maryland.
- The Left Berlin (2023, 6. Dez.). Archive of silence. <https://www.theleftberlin.com/archive-of-silence/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- The Platform – Israeli NGOs for Human Rights (2023). State of the occupation. Year 56: A joint situation report. <https://img.haarets.co.il/bs/00000188-87cd-dded-a58e-afcdcb640000/1c/99/b8a6350e4172966ff934a86b0ec7/state-of-the-occupation-a-joint-situation-report.pdf>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Thomas, R. (2023, 16. Okt.). Israeli Navy's Sa'ar 6 corvettes used to strike Gaza ground targets. Naval Technology. <https://www.naval-technology.com/news/israeli-navys-saar-6-corvettes-used-to-strike-gaza-ground-targets/>. Zugegriffen: 17. Okt. 2023.
- Thompson, V. E., & Tuzcu, P. (2024, 15. Mai). Intervention – ‘Policing Palestine solidarity: Moral urban panics and authoritarian specters in Germany.’ Antipode Online. <https://antipodeonline.org/2024/05/15/policing-palestine-solidarity/>. Zugegriffen: 20. Mai 2024.
- Ullrich, P. (2024). Nahostkonflikt an deutschen Unis: Für Dialog statt Polarisierung. Blätter für deutsche und internationale Politik. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/juni/nahostkonflikt-an-deutschen-unis-fuer-dialog-statt-polarisierung>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- UN (2024b, 5. Apr.). Gaza: Human Rights Council resolution urges arms embargo on Israel. <https://news.un.org/en/story/2024/04/1148261>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- UN – United Nations (2024a, 5. Apr.). MORNING – Human Rights Council adopts five resolutions, including a text calling for an immediate ceasefire in Gaza, urging states to prevent the continued forcible transfer of Palestinians within or from Gaza, and calling on states to cease the sale or transfer of arms to Israel. https://www.un Geneva.org/en/news-media/meeting-summary/2024/04/le-conseil-adopte-cinq-resolutions-dont-celle-demandant-quun?fbclid=IwAR2qjSjxA8AHDooWlK9Co4fEzUyU571V5mjSrpXtdmxFBsdpEIWXIHU8U_aem_AYgqUsSffFhmjErQ7X622iNict292DjBAUVi5HXt2JY-aWQCke14iMwHw15uWsVhTbliKij8KiJZfFcHd_f14GWd-. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Viñoles, M. C. (2024, 2. Mai). The near impossible task of getting lifesaving supplies into Gaza. Médecins Sans Frontières. <https://www.msf.org/near-impossible-task-getting-lifesaving-supplies-gaza>. Zugegriffen: 10. Juli 2024.
- Vogt, S. (2016). *Subalterne Positionierungen: Der Deutsche Zionismus im Feld des Nationalismus in Deutschland, 1890–1933*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Vogt, S. (2022). Ist Zionismus eine Form von Kolonialismus? Zionismus, Antikolonialismus, Postkolonialismus. In M. Mendel, S.-N. Cheema, & S. Arnold (Hrsg.) (2022), *Frenemies: Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Wezeman, P. D., Djokic, K., George, M., Hussain, Z., & Wezeman, S. T. (2024). Trends in international arms transfers, 2023. SIPRI. https://www.sipri.org/sites/default/files/2024-03/fs_2403_at_2023.pdf. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Wiener, A. (2024). Staatsräson: Empty signifier or meaningful norm? Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/staatsraeson-empty-signifier-or-meaningful-norm/>. Zugegriffen: 22. Nov. 2024.
- Wispelwey, B., Mills, D., Asi, Y. M., Hammoudeh, W., Kunichoff, D., & Ahmed, A. K. (2024). Civilian mortality and damage to medical facilities in Gaza. *BMJ Global Health*, 9(5). <https://doi.org/10.1136/bmjgh-2023-014756>.
- Yiftachel, O. (2024). Colonial – and counter-colonial: The Israel/Gaza war through multiple critical perspectives. *Palestine/Israel Review*, 1(1), 228–236. <https://doi.org/10.5325/pir.1.1.0012>.
- Zehfuss, M. (2021). ‘We can do this’: Merkel, migration and the fantasy of control. *International Political Sociology*, 15(2), 172–189. <https://doi.org/10.1093/ips/olaa026>.
- Ziv, O. (2024a, 24. Jan.). Israeli police repressing anti-war protests with ‘iron fist,’ say activists. +972 Magazine. <https://www.972mag.com/israel-police-repression-protests-gaza/>. Zugegriffen: 2. Feb. 2024
- Ziv, O. (2024b, 18. Apr.). ‘The soldiers opened the way for the settlers’: Pogroms surge across West Bank. +972 Magazine. <https://www.972mag.com/pogroms-west-bank-soldiers-settlers/>. Zugegriffen: 19. Apr. 2024.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.